



Jahresbericht 2024

Deutsche Industrie- und Handelskammer

DIHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammer

 **Gemeinsam Wirtschaft Stärken**

Geschäftsführendes DIHK-Präsidium*

Präsident



Peter Adrian
Vizepräsident der IHK Trier
(Vorstand der TRIWO AG, Trier)

Hauptgeschäftsführer

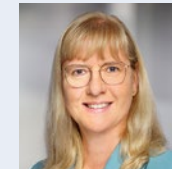


Dr. Martin Wansleben
Hauptgeschäftsführer der
Deutschen Industrie- und
Handelskammer



Geschäftsführendes DIHK-Präsidium (v.l.n.r.):
Martin Wansleben, Klaus-Hinrich Vater, Peter Adrian, Ralf Stoffels, Kirsten Schoder-Steinmüller, Klaus Olbricht

Vizepräsidentin und Vizepräsidenten



Kirsten Schoder-Steinmüller
Präsidentin der IHK Offenbach am Main
und Präsidentin des HHHK
(Geschäftsführerin der Schoder GmbH,
Langen)



Klaus Olbricht
Präsident der IHK Magdeburg
(Geschäftsführer der Elektromotoren und
Gerätebau Barleben GmbH, Barleben)



Ralf Stoffels
Präsident der Südwestfälischen IHK zu Hagen
und Präsident von IHK NRW
(geschäftsführender Gesellschafter
der BIW Isolierstoffe GmbH, Ennepetal)



Klaus-Hinrich Vater
Vizepräsident der IHK zu Kiel
(Geschäftsführer der Vater Holding
GmbH, Schwentinental)

* Der Präsident, die Vizepräsidentin und Vizepräsidenten sowie der Hauptgeschäftsführer bilden das geschäftsführende Präsidium im Sinne von § 26 BGB. Stand: 31.12.2024

Mitglieder des DIHK-Präsidiums



Prof. Norbert Aust

Präses der HK Hamburg
(Geschäftsführer der ABH Besucherhaus
GmbH PIERDREI Hotel Hafencity Hamburg,
Hamburg)



Dr. Andreas Engel

Präsident der IHK zu Coburg
(Geschäftsführender Gesellschafter der
Leise GmbH & Co. KG, Coburg)



Ina Hänssel

Präsidentin der IHK Potsdam
(Gesellschafterin BRACON GbR,
Am Mellensee)



Dieter Bauhaus

Präsident der IHK Erfurt
(Inhaber der Unternehmensmanagement –
Generationsmanagement, Erfurt)



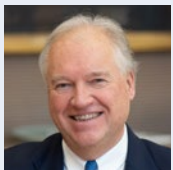
Christian Otto Erbe

Präsident der IHK Reutlingen
(Geschäftsführer der Erbe Elektromedizin
GmbH, Tübingen)



Stefan Hagen

Präsident der IHK Bonn/Rhein-Sieg
(Geschäftsführer der Hagen
Consulting & Training GmbH,
Siegburg)



Ulrich Caspar

Präsident der IHK Frankfurt am Main
(Mehrheitsgesellschafter und Prokurist der
Econo consultations Immobilien- und Unter-
nehmensberatungsgesellschaft mbH, Frank-
furt am Main)



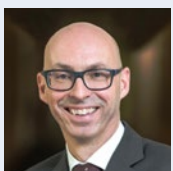
Dr. Christian Gebhardt

Präsident der IHK Fulda
(Geschäftsführender Gesellschafter der
G+M Steuerberatung & Moritz
Steuerberatungsgesellschaft mbH, Fulda)



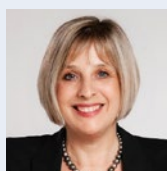
Tobias Hoffmann

Präsident der IHK Braunschweig
(Geschäftsführender Gesellschafter
der Hoffmann Maschinen- und
Apparatebau GmbH, Lengede)



Dr. Hanno Dornseifer

Präsident der IHK Saarland
(Mitglied des Vorstandes VSE AG,
Saarbrücken)



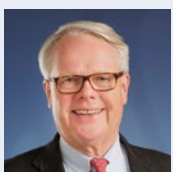
Claudia Gläser

Präsidentin der IHK Nordschwarzwald
(Geschäftsführende Gesellschafterin
der Gläser GmbH, Horb am Neckar)



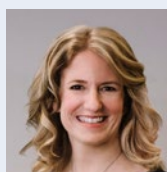
Matthias Kohlmann

Präsident der IHK Stade für den Elbe-
Weser-Raum (Geschäftsführer und
CFO der FAUN Umwelttechnik GmbH
& Co. KG, Osterholz-Scharmbeck)



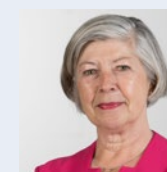
Eduard Dubbers-Albrecht

Präses der HK Bremen – IHK für Bremen und
Bremerhaven (Geschäftsführender
Gesellschafter der Ipsen Logistics Holding
GmbH & Co. KG, Bremen)



Dr. Nicole Grünewald

Präsidentin der IHK zu Köln
(Geschäftsführende Gesellschafterin der
The Vision Company Werbeagentur GmbH,
Köln)



Jutta Kruft-Lohrengel

Präsidentin der IHK für Essen,
Mülheim an der Ruhr, Oberhausen zu
Essen (Geschäftsführende
Gesellschafterin Autohaus Kruft
GmbH, Oberhausen)

Mitglieder des DIHK-Präsidiums



Franziska Leupelt

Präsidentin der IHK zu Flensburg
(Vorständin der Druckhaus Leupelt AG)



Manfred Schnabel

Präsident der IHK Rhein-Neckar
(Geschäftsführender Gesellschafter
der Expert Esch Gesellschaft mbH,
Mannheim)



Klaus-Jürgen Strupp

Präsident der IHK zu Rostock
(Geschäftsführender Gesellschafter
der Hansa Automobile Rostock GmbH,
Rostock)



Prof. Klaus Josef Lutz

Präsident der IHK für München
und Oberbayern
(Geschäftsführer der Mount Wellington
Beteiligungsgesellschaft mbH, Dietramszell)



Dr. Andreas Sperl

Präsident der IHK Dresden
(Geschäftsführer der Elbe Flugzeugwerke
GmbH, Dresden)



Susanne Szczesny-OBing

Präsidentin der IHK Koblenz
(Vorsitzende der Geschäftsführung
der EWM GmbH, Mündersbach)



Dr. Klaus D. Mapara

Vizepräsident der IHK Würzburg-
Schweinfurt
(Geschäftsführer der krick.com
GmbH & Co. KG, Eibelstadt)



Stefan Spieker

Vizepräsident der IHK zu Berlin
(Geschäftsführer der FRÖBEL
International GmbH, Berlin)



Dr. Heike Wenzel

Präsidentin der IHK Aschaffenburg
(Geschäftsführerin der WENZEL
Messtechnik GmbH, Heigenbrücken)



Astrid Nissen-Schmidt

Vizepräsidentin der IHK Hamburg
(Geschäftsführerin der
FREIHEIT GmbH WPG, Hamburg)



Sebastian Stietzel

Präsident der IHK zu Berlin
(Geschäftsführer der
MARKTFLAGGE GmbH, Berlin)



Claus Paal

Präsident IHK Region Stuttgart
(Geschäftsführender Gesellschafter A+V
Automation und Verpackungstechnik GmbH,
Schorndorf)



Thomas Stiren

Präsident der IHK Trier
(Vorstand der rdts Internet AG, Trier)

DIHK-Ausschussvorsitzende | Wahlperiode 2023 – 2026



Bernd Behrens
Vorsitzender des
Handelsausschusses



Georg Dettendorfer
Vorsitzender des
Verkehrsausschusses



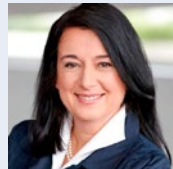
Götz Kaßmann
Vorsitzender des
Rechtsausschusses



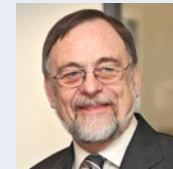
Susanne Szczesny-Obing
Vorsitzende des
Ausschusses für
Industrie und Forschung



Dr. Wolfgang Blank
Vorsitzender des
Ausschusses für
Gesundheitswirtschaft



Gabriele Fink
Vorsitzende des
Ausschusses für
Kommunikation, Medien
und Kreativwirtschaft



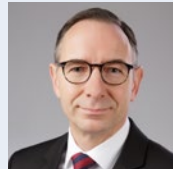
Dr. Peter Kulitz
Vorsitzender des
Außenwirtschafts-
ausschusses



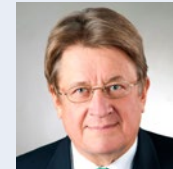
Nancy Plaßmann
Vorsitzende des
Geld- und Kredit-
ausschusses



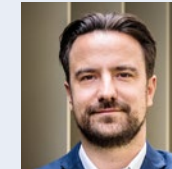
Ulrich Caspar
Vorsitzender des
Ausschusses für Bau- und
Immobilienwirtschaft



Dr. Christof Günther
Vorsitzender des
Ausschusses für
Umwelt und Energie



Hans-Werner Lindgens
Vorsitzender des
Mittelstandsausschusses



Robert Rückel
Vorsitzender des
Tourismusausschusses



Swaantje Creusen
Vorsitzende des
Bildungsausschusses



Ralf Herbener
Vorsitzender des
Finanz- und Steuer-
ausschusses



Thomas Meyer
Vorsitzender des
Haushaltsausschusses



Torsten Wunderlich
Vorsitzender des
Ausschusses für
Informations- und
Kommunikationstechnologie

DIHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammer

Umschlagfoto: DIHK-Präsident Peter Adrian
wirbt gegenüber Politik und Öffentlichkeit
für die Interessen der deutschen Wirtschaft.

Jahresbericht 2024

Deutsche Industrie- und Handelskammer

DIHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammer

 **Gemeinsam Besseres Schaffen – jetzt!**



DIHK-Jahresbericht 2024 – Inhalt

Vorwort	5
Eine Ära endet – Martin Wansleben verlässt nach 23 Jahren die Bühne	7
Deutschlands Wirtschaft in der Krise – schwierige Zeiten für Unternehmen	9
Fachkräftesicherung	11
Wirtschafts- und Mittelstandspolitik	23
Steuer- und Finanzpolitik	31
Digitalisierung	35
Internationales	41
Recht	57
Energie, Umwelt, Klima	61
Wirtschaftsjunioren Deutschland: 70 Jahre junge Wirtschaft	65
Kampagnen und Aktionen	67
DIHK-Finanzen im Jahr 2024	70
Impressum	75



Liebe Leserin, lieber Leser

2024 liegt hinter uns – ein Jahr, das viele Betriebe am liebsten vergessen würden. Die deutsche Wirtschaft steckt in der längsten Stagnationsphase der Nachkriegsgeschichte. Investitionen wurden zurückgefahren, Produktionen ins Ausland verlagert oder ganz eingestellt. Kurz: ein niederschmetterndes Jahr.

Doch dieses Jahr darf nicht folgenlos bleiben. Es muss der Wendepunkt sein, der Politik und Gesellschaft wachrüttelt. Die Botschaft ist klar: So kann es nicht weitergehen. Ein starkes, wohlhabendes und soziales Deutschland gibt es nur mit einer florierenden Wirtschaft. Dafür muss die Politik endlich die richtigen Weichen stellen – mit weniger Regulierung, mehr Vertrauen in die Eigenverantwortung der Unternehmen sowie einem klaren Fokus auf Innovation statt auf neue Belastungen.

2024 muss das letzte Jahr gewesen sein, in dem von der Substanz gelebt wurde. Ohne Investitionen von heute gibt es keine Arbeitsplätze und Steuereinnahmen von morgen. Das muss auch die Politik verstehen. Ihr Handlungsspielraum hängt unmittelbar von der Wirtschaftskraft der Unternehmen ab. Ein stabiler Staatshaushalt ist nur mit einer prosperierenden Wirtschaft möglich.

Für 2025 brauchen wir eine klare Priorität: Wirtschaft zuerst. Sie mag nicht alles sein, aber sie ist die Grundlage für alles andere. Wer in den Boomjahren von sprudelnden Steuereinnahmen profitiert hat, muss jetzt Verantwortung übernehmen und die Betriebe unterstützen. Die Politik muss die Wirtschaft wieder in den Mittelpunkt rücken und verlorenes Vertrauen zurückgewinnen.

Und Vertrauen ist Mangelware. Viele Unternehmerinnen und Unternehmer fühlen sich von der Politik kontrolliert und in ihrer Freiheit eingeschränkt. Dabei braucht es gerade jetzt ihre Innovationskraft und ihren Mut. Ohne frische Ideen und den Willen zum Aufbruch bleibt Deutschland im Stillstand gefangen. Die Unternehmen fordern deshalb auch Vertrauen von der Politik ein.

Mit der vorgezogenen Bundestagswahl verbindet sich eine Hoffnung: ein wirtschaftlicher Neustart. Die neue Regierung muss liefern – Entlastungen bei Energiepreisen, den Abbau überbordender Bürokratie und mehr Tempo bei Infrastrukturprojekten.

Wirtschaft first – weil ein starkes Deutschland eine starke Wirtschaft braucht.



Peter Adrian



Helena Melnikov



Der scheidende DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben, Bundeskanzler Olaf Scholz, DIHK-Präsident Peter Adrian (v.l.n.r.).

Eine Ära endet – Martin Wansleben verlässt nach 23 Jahren die Bühne

Zehn Bundeswirtschaftsminister hat er kommen und gehen sehen, fünf Bundesregierungen, zwei Kanzler und eine Kanzlerin: Martin Wansleben gibt nach einem knappen Vierteljahrhundert das Ruder der Deutschen Industrie- und Handelskammer aus der Hand. In Berlin versammelten sich Ende des Jahres Promis aus Politik, Wirtschaft und IHK-Organisation, um den DIHK-Hauptgeschäftsführer in den Ruhestand zu verabschieden.

Bei einer Feierstunde würdigte Bundeskanzler Olaf Scholz den gleichaltrigen Martin Wansleben als verantwortungsvollen und energischen Vertreter der deutschen Wirtschaft. Die Vertretung der Interessen von mehr als drei Millionen Unternehmen – vom ganz kleinen Familienbetrieb bis zum global agierenden Großkonzern – sei „eine besonders große und verantwortungsvolle Aufgabe in unserem Land“, sagte der Bundeskanzler.

Bundeskanzler würdigt Wansleben

Diese Aufgabe habe Wansleben „wirklich energisch wahrgenommen“, so Scholz wörtlich: „Immer beharrlich – im Interesse Ihrer Mitglieder, im Interesse der deutschen Unternehmen. Aber auch kompromissorientiert.“ Trotz „öfter mal“ unterschiedlicher Positionen in mehr als zwanzig Jahren gemeinsamer Tätigkeit an den Schnittstellen zwischen Politik und Wirtschaft schätze er „Ihre Offenheit, Ihre Freundlichkeit, Ihre Verlässlichkeit“, sagte der Kanzler. „Mit diesen Eigenschaften und mit all Ihrer Arbeit haben Sie sich nicht nur um die DIHK und um ihre Mitgliedsunternehmen verdient gemacht. Sondern Sie haben sich auch um Deutschland insgesamt verdient gemacht.“

Start in Krisenzeiten

Rückblick: Die deutsche Wirtschaft steckte in der Krise, als sich der damalige DIHK-Präsident Ludwig Georg Braun 2001 auf die Suche nach einem neuen Hauptgeschäftsführer machte.

Franz Schoser, ehemaliger DIHK-Hauptgeschäftsführer, Frau Wansleben, DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben, neue DIHK-Hauptgeschäftsführerin Helena Melnikov (v.l.n.r.).

Nicht nur die Wirtschaft trat auf der Stelle – die Wirtschaftsleistung konnte seinerzeit nicht einmal um ein Prozent zulegen –, auch der Verband brauchte nach Einschätzung des Präsidenten dringend neue Impulse. Braun wusste: Die Lage erforderte einen Macher, einen faktenstarken Kommunikator. Seine Wahl fiel auf einen damals 43-jährigen Volkswirt, der in Frankfurt den Maschinenbau-Verband führte: Martin Wansleben.

Tausende Stunden für Wirtschaftsangelegenheiten geworben

Rund 500 TV-Statements und -Interviews, mehr als 200 Radiointerviews, unzählbare Gespräche mit Politikern und Unternehmern folgten. Auf Tausende Stunden der direkten Wirtschaftskommunikation kann der scheidende DIHK-Hauptgeschäftsführer zurückblicken.

Wirklich einfach waren die Zeiten dabei nie: Deutschland als „kranker Mann Europas“, Finanz- und Wirtschaftskrise, Euro-Krise, Corona-Lockdowns und zuletzt die aktuelle Rezession – das sind nur einige der Schlagwörter, die das Wirtschaftsleben der vergangenen zwei Dekaden kennzeichneten.

Themen sind nach wie vor aktuell

Übrigens: Die erste Vollversammlung, der Martin Wansleben als DIHK-Hauptgeschäftsführer beiwohnte, stand unter dem



Motto „Standort Deutschland stärken“ – was später mit der Agenda 2010 auch tatsächlich von der Politik aufgegriffen wurde. Auch in der gegenwärtigen Situation wären solche Reformen nötig, um den Wirtschaftsstandort alte Wettbewerbsfähigkeit und neue Qualität zu geben. Das zeigt, dass der „Kammer der Kammern“ die Arbeit nicht ausgehen wird. Schließlich ist sie – gerade in Krisenzeiten – „Pulsometer und Sprachrohr der deutschen Wirtschaft“, wie Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Rede würdigte. Das bleibt auch unter neuer Führung so.

Zum Jahresende trat Martin Wansleben als DIHK-Hauptgeschäftsführer ab. Seine Nachfolgerin, Helena Melnikov, hat bereits ihre Arbeit aufgenommen. Die promovierte Juristin führt die Dachorganisation der IHKs seit dem 1. Januar 2025. Ob auch sie eine Ära prägen wird? Die Voraussetzungen sind gut: Schließlich ist sie im November 43 Jahre alt geworden – und damit genau so alt wie Martin Wansleben, als er das Amt angetreten hat.



Deutschlands Wirtschaft in der Krise – schwierige Zeiten für Unternehmen

Die Lage der deutschen Wirtschaft ist trüb. Die Rezession setzte sich 2024 fort. Auch für 2025 haben die Unternehmen wenig Hoffnung auf eine schnelle Erholung. Im Gegenteil: Die Unternehmen blicken überwiegend pessimistisch in die Zukunft, das zeigt die DIHK-Konjunkturumfrage Herbst 2024: Ein Drittel der Unternehmen hat negative Geschäftserwartungen für die kommenden zwölf Monate (31 Prozent), nur 13 Prozent rechnen mit einer Verbesserung des Geschäfts.

Nicht nur konjunkturelle Probleme, auch strukturelle Herausforderungen belasten die Unternehmen. Insgesamt sind die Rahmenbedingungen für Investitionen und Wachstum in Deutschland derzeit schlecht. Die Betriebe sehen besonders in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen häufig ein Geschäftsrisiko (57 Prozent).

Trotz einer robusten Entwicklung der Weltwirtschaft und des Welthandels bleiben die Ausfuhren der deutschen Exportindustrie schwach. Auch die Exporterwartungen der Industrie sind überwiegend negativ. Im Gegensatz dazu ist die Stimmung deutscher Unternehmen an ihren internationalen Standorten weitaus positiver als in Deutschland. Denn dort finden sie oft die Bedingungen vor, die am heimischen Standort fehlen.

Deutschland als exportorientiertes Land und offenste Volkswirtschaft der G7-Staaten ist besonders von der Entwicklung der Weltkonjunktur abhängig. Entsprechend sorgen globale Krisen und eine Fragmentierung des Welthandels für große Links: Unruhe bei den exportierenden Unternehmen. Die

Linke Seite: Wird nicht müde, gegenüber Politik und Öffentlichkeit auf die Sorgen der deutschen Wirtschaft hinzuweisen: DIHK-Präsident Peter Adrian.

Nachfrageschwäche Chinas und geopolitische Risiken belasten das Auslandsgeschäft der deutschen Unternehmen. Rückläufige Inflationsraten sowie die Entwicklung des Zinsniveaus lassen jedoch auf eine größere Kaufkraft in absehbarer Zeit hoffen. Die DIHK ermittelte zusammen mit den IHKS und AHKS in den Umfragen „Going International“ und „AHK World Business Outlook“ regelmäßig die Herausforderungen, vor denen Unternehmen im internationalen Geschäft stehen.

Steigende Energiepreise

Nach absoluten Höchstpreisen in der akuten Phase der Energiekrise zeigte sich zu Beginn des Jahres 2024 eine deutliche Entspannung bei den Börsenpreisen für Strom und Gas. Spätestens mit dem zweiten Quartal drehte sich dieser Trend jedoch, die Preiskurven begannen wieder zu steigen. Mit der Diversifizierung der deutschen Gasversorgung (hauptsächlich über LNG) hängen die deutschen Gas- und Strompreise nun direkt am Weltmarktgeschehen, zeigen damit auch eine deutlich höhere Volatilität als bisher gekannt und liegen im Vergleich zum langjährigen Vorkrisenniveau immer noch signifikant höher. Gleichzeitig spiegeln die Großhandelspreise die individuellen Beschaffungskosten der Unternehmen nur begrenzt wider und werden insbesondere für Strom durch einen hohen Anteil staatlicher Preisbestandteile geprägt. Im Zusammenspiel von hohen Großhandelspreisen mit steigenden CO₂-Kosten, Netzentgelten und Umlagen liegen die Energiekosten der deutschen Wirtschaft zum Teil sehr deutlich über denen wichtiger Wettbewerbsländer und gefährden damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Infrastruktur am Limit

Der Zustand von Straßen, Bahnstrecken und Wasserstraßen ist ebenfalls Teil der schlechten Rahmenbedingungen für Unternehmen: Engpässe, marode Brücken und veraltete

Technik bestimmen das Bild. Der Einsturz der Carolabrücke in Dresden unterstreicht, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Trotz der Bemühungen von Politik und Infrastrukturbetreibern kommen Sanierung und Kapazitätsausbau nur langsam voran. Dies liegt zum einen an den noch immer langwierigen Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie der geringen Akzeptanz von Baumaßnahmen vor Ort. Zum anderen fehlen Fachkräfte in der Bauwirtschaft, in den Ingenieurbüros, bei den Infrastrukturbetreibern und in den Verwaltungen. Die Abhängigkeit von jährlichen Haushaltsbeschlüssen und das Damoklesschwert möglicher Kürzungen im Verkehr bei schwieriger Haushaltslage tragen nicht dazu bei, die Bau- und Planungskapazitäten zu erhöhen. Zudem erschwert diese Unsicherheit die Umsetzung langfristig angelegter Erhaltungs- und Ausbaustrategien. Diese wären aber für die Wiederherstellung einer leistungsfähigen Infrastruktur erforderlich.

Zahl der Unternehmensinsolvenzen steigt deutlich

Auch 2024 hat die DIHK regelmäßig die Zahlen der Unternehmensinsolvenzen in den wirtschaftspolitischen Gesamtzusammenhang eingeordnet. Basis der monatlichen DIHK-Kommentierungen sind zehntausende Unternehmensantworten, die etwa der DIHK-Konjunkturumfrage zugrunde liegen. So liefert die DIHK auch mit ihren Kommentierungen der Unternehmensinsolvenzzahlen einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftspolitischen Diskussion. Dabei hat die DIHK 2024 vor allem auch deutlich gemacht, dass die besorgniserregende Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen keine bloße „technische Reaktion“ nach dem Auslaufen pandemiebedingter insolvenzrechtlicher Ausnahmen ist. Vielmehr ist der Anstieg der Insolvenzen ein Spiegel der wirtschaftlichen Entwicklung insgesamt – diese DIHK-Diagnose wurde vielfältig in der wirtschaftspolitischen Diskussion aufgegriffen.

IHK-TAG 2024



Bundeskanzler Olaf Scholz spricht zu den Gästen des ersten IHK-Tages in Berlin.

Gemeinsam Fachkräfte Sichern

Fachkräftesicherung

Im Mai fand erstmalig der IHK-Tag im Haus der Deutschen Wirtschaft statt. Unter dem Motto #Gemeinsam-FachkräfteSichern brachte das neue „Familienevent“ Unternehmen, IHKs und Politik zusammen. Zukunftsfragen wurden lösungsorientiert diskutiert. Abwechslungsreiche Sessions und zwei Abendevents im Herzen Berlins ermöglichten intensiven Austausch. Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft gaben Input. Bundeskanzler Olaf Scholz, Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und Bundesarbeitsminister Hubertus Heil sprachen zu den Teilnehmern. Ein Markt der Möglichkeiten zeigte 122 Projekte zur Fachkräftesicherung, zu Beruflicher Ausbildung, Berufsorientierung, Weiterbildung, Zuwanderung und Integration sowie Regionalmarketing für Fachkräfte. Mehr als 1.500 Gäste nahmen an der Veranstaltung teil.

Fachkräftesicherung bleibt Zukunftsaufgabe

Der Fachkräftemangel bleibt für die Unternehmen ein großes Geschäftsrisiko. Die DIHK hat ein Positionspapier zur Fachkräftesicherung vorgelegt. Darin werden Vorschläge zur Stärkung der Arbeitsanreize im Bürgergeld formuliert sowie flexiblere Arbeitszeitregelungen gefordert. Diese Positionen bieten eine wichtige Grundlage für die IHK-Organisation, um die Arbeit der neuen Bundesregierung konstruktiv und kritisch zu begleiten. Mit dem neuen DIHK-Fachkräftereport steht zudem eine fundierte Datenbasis direkt aus dem Maschinenraum der deutschen Unternehmen zur Verfügung, der die DIHK-Positionen untermauert.

Ausbildungsgarantie geht in die Umsetzung

Die gesetzlich verankerte Ausbildungsgarantie ist 2024 in die Umsetzung gegangen. Die neuen Regeln enthalten sinnvolle Instrumente wie ein gefördertes Berufsorientierungspraktikum, einen Mobilitätzuschuss sowie Flexibili-

sierungen der Einstiegsqualifizierung. Für nicht zielführend hält die DIHK nach wie vor den Rechtsanspruch auf außerbetriebliche Berufsausbildung, der in wenigen Regionen mit „erheblicher Unterversorgung“ besteht. Betriebliche Ausbildung sollte stets Vorfahrt haben.

Allianz für Aus- und Weiterbildung im Arbeitsmodus

Seit der Verabschiedung der Allianz im Frühjahr 2023 engagiert sich die DIHK gemeinsam mit ihren Partnern dafür, Berufsorientierung zu verbessern, Qualität und Attraktivität der Ausbildung zu stärken, die Mobilität von Azubis zu erhöhen und die Umsetzung der Ausbildungsgarantie zu begleiten. Wie im Vorjahr gab es auch 2024 einen Sommer der Berufsausbildung, in dem hochkarätig für Berufliche Bildung geworben wurde. So waren BMWK-Staatssekretär Michael Kellner und der stellvertretende DIHK-Hauptgeschäftsführer Achim Dercks im Mai zu Gast bei der Frisch & Faust GmbH in Berlin. Sie informierten sich, wie junge Menschen mit Fluchtgeschichte für die duale Ausbildung begeistert werden können. Die Allianz befasste sich außerdem mit der Weiterentwicklung der Jugendberufsagenturen sowie Fragen der Berufsorientierung und Berufswahlkompetenz.

IHK-Bildungspreis verliehen

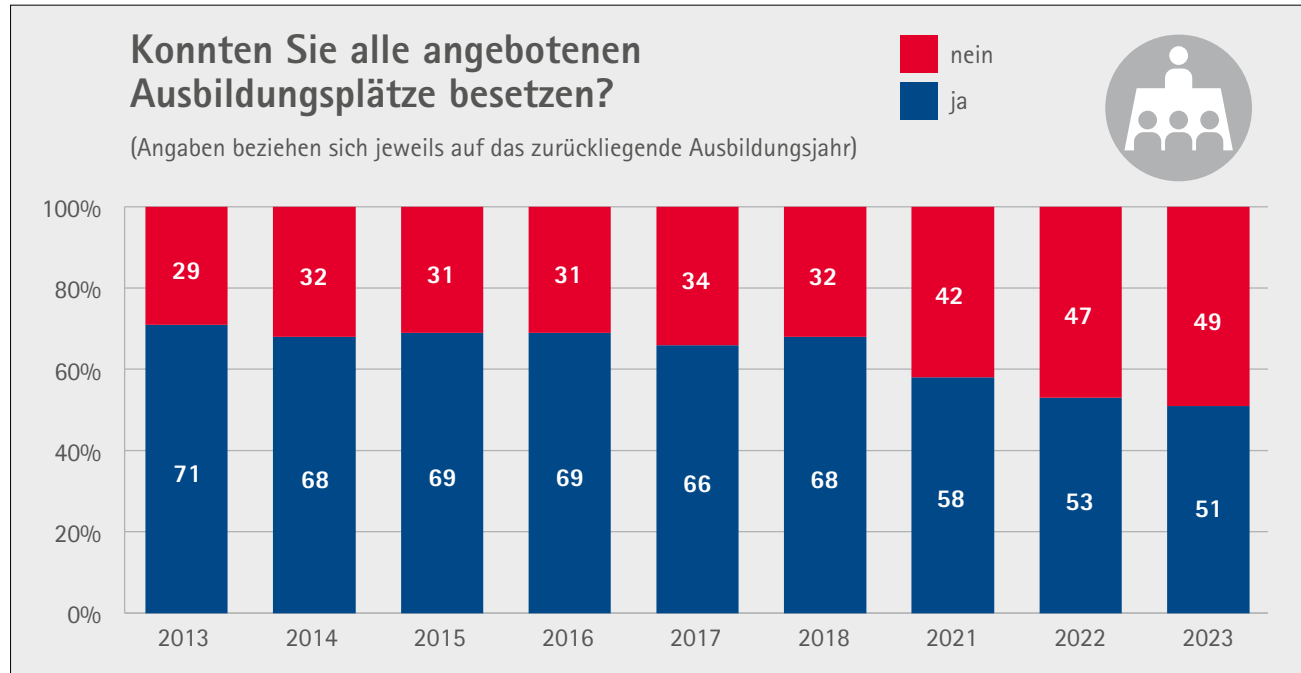
Der IHK-Bildungspreis wurde dieses Jahr zum sechsten Mal gemeinsam von der DIHK und der Otto Wolff Stiftung verliehen. Mit einer Rekordanzahl an Bewerbungen zeigt der Preis, wie wichtig Innovationen in der Beruflichen Bildung sind. Ziel ist es, diese Unternehmensbeispiele sichtbar zu machen und als Vorbild für andere Unternehmen zu etablieren. In einer glanzvollen Veranstaltung, moderiert von Judith Rakers, wurden zwölf Finalisten geehrt, aus denen schließlich vier herausragende Gewinner hervorgingen.



Mehr als 1.500 Gäste nahmen an Veranstaltungen und Workshops im Rahmen des IHK-Tages teil.

DIHK-Ausbildungsumfrage 2024 veröffentlicht

Die diesjährige DIHK-Ausbildungsumfrage verdeutlicht die Herausforderungen auf dem Ausbildungsmarkt und bietet Lösungsstrategien. 49 Prozent der IHK-Ausbildungsbetriebe konnten nicht alle Ausbildungsplätze besetzen – ein neuer Negativrekord und ein Anstieg um 20 Prozentpunkte im Zehnjahresvergleich. Betriebe bauen deshalb auf ein breites Spektrum an Rekrutierungsmaßnahmen, Förderinstrumenten und Ausbildungskonzepten.



Antworten aus der DIHK-Ausbildungsumfrage 2024

DIHK-Bildungsausschuss fokussiert auf KI und Transformation

Der Einsatz von KI in der Bildung stand im Fokus der Vorabende der Sitzungen des DIHK-Bildungsausschusses. Prof. Enzo Weber vom IAB hielt einen Gastvortrag zum Thema „Transformation, Fachkräftesicherung und Personalpolitik“. Darüber hinaus erfolgte ein Austausch zum Impulspapier „Berufsorientierung“ sowie zur Ausbildungsumfrage 2024. Zudem waren die für die Betriebe relevanten Neuregelungen des Berufsbildungsgesetzes Thema.

Pakt für berufliche Schulen gestartet

Die Bundesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag zur Umsetzung der Empfehlungen der Enquetekommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ des Bundestages bekannt und dort einen „Pakt für berufsbildende

Schulen“ zur Stärkung und Modernisierung berufsbildender Schulen verankert. Im Mai hat der Pakt mit DIHK-Beteiligung seine Arbeit aufgenommen. Schwerpunktthemen des ersten Arbeitszyklus sind Demokratiebildung und Sprachförderung.

Bundesweite IHK-Ausbildungskampagne auf Erfolgskurs

Die bundesweite Azubi-Kampagne geht in ihr zweites Jahr und ist weiterhin auf Erfolgskurs. Dank des Engagements der IHKs konnten 13 neue Azubis aus verschiedenen Regionen und Berufen als Botschafter gewonnen werden. Besonders auf TikTok hat sich die Kampagne stark entwickelt: Mehrere Videos erreichten über eine Million Aufrufe, und die Community wächst stetig. Im September fand eine groß angelegte Außenwerbung statt, an der über 70 IHKs teilnahmen. Ein Highlight war der Pilotversuch mit gebrandeten Brötchentüten, der die Kampagne in den Alltag junger Menschen und ihrer Eltern brachte.

Bundesbeste Azubis geehrt

Im Dezember wurden 207 Spitzenabsolventen einer IHK-Ausbildung des Jahrgangs 2024 in Berlin geehrt. Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, DIHK-Präsident Peter Adrian und die Vorsitzende des DIHK-Bildungsausschusses, Swaantje Creusen, gratulierten den Preisträgern und dankten den ausbildenden Betrieben für ihr überragendes Engagement. An der Preisverleihung nahmen rund 1.000 Gäste teil – neben Eltern und Angehörigen der Besten außerdem Vertreter der Ausbildungsbetriebe, MdBs sowie Präsidenten und Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammern. Moderator Thore Schölermann führte zum dritten Mal durch die Veranstaltung.

Berufliches Feststellungsverfahren wird neue gesetzliche IHK-Aufgabe

Die Bewertung der beruflichen Kompetenzen in einem Ausbildungsberuf von Personen ohne Berufsabschluss und Quereinsteiger wird ab 1. Januar 2025 eine neue Aufgabe der IHKs. Grundlage ist das Berufsbildungsvalidierungs- und -digitalisierungsgesetz (BVaDiG). Die DIHK hat sich in das parlamentarische Verfahren mit den aus Sicht der IHK-Organisation kritischen Punkten in Stellungnahmen und Ausschussanhörung eingebracht und konnte wichtige Verbesserungen erreichen.

Vereinbarkeit sichern – Frauenerwerbstätigkeit stärken

Ausreichende, gute und flexible Betreuungsangebote, genug Fachkräfte für Kindergärten und Grundschulen, die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege sowie das Engagement der Betriebe bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf – diese und weitere Themen haben die DIHK 2024 beschäftigt. Sei es bei Gesprächen im Bundesfamilienministerium oder bei Veranstaltungen mit DIHK-Präsident Peter Adrian und Bundesfamilienministerin Lisa Paus – viele DIHK-Vorschläge wurden diskutiert und weiterentwickelt. Im Oktober fand das virtuelle Jahrestreffen der IHK-Ansprech-



Gehören zu den Besten ihres Fachs: Auf der DIHK-Bundesbestenehrung werden Deutschlands Spitzen-Azubis ausgezeichnet.

partner für Familie in der Arbeitswelt statt. Hier wurde unter anderem mit der CDU-Abgeordneten und familienpolitischen Sprecherin Silvia Breher darüber diskutiert, wie die Frauenerwerbstätigkeit weiter gestärkt werden kann. Das Netzwerkbüro „Erfolgsfaktor Familie“ von DIHK und Bundesfamilienministerium informiert derzeit fast 9.000 Mitglieder – insbesondere KMU – kostenfrei über Maßnahmen und Wege zu einer gelungenen Vereinbarkeit.

Berufliche Bildung wird digitaler

Das Berufsbildungsvalidierungs- und -digitalisierungsgesetz (BVaDiG) bringt seit August 2024 noch weitere wichtige Neuerungen. Digitale Dokumente und medienbruchfreie digitale Prozesse haben endlich Einzug in die

Berufliche Bildung gefunden. Beispielweise können Ausbildungsverträge nun elektronisch abgeschlossen werden und bedürfen nicht mehr zwingend einer Unterschrift. Besonders hervorzuheben ist die rechtliche Verankerung des digitalen mobilen Ausbildens.

Nationale Weiterbildungsstrategie begleitet

Die zweite Phase der Nationalen Weiterbildungsstrategie (NWS) im Jahr 2024 war vor allem durch die Arbeit von fünf AGs zu Grund- und Zukunftskompetenzen, idealen Qualifizierungskonzepten, unterrepräsentierten Gruppen und Lehrkräften geprägt. Mittlerweile haben die AGs ihre Ergebnisberichte vorgelegt, die Anfang 2025 mit DIHK-Mitwirkung in den NWS-Endbericht einfließen werden.

Verbesserungen beim Aufstiegs-BAföG unterstützt

Die fünfte Novelle des Aufstiegs-BAföG sieht weitere Leistungsverbesserungen für angehende Absolventen der Höheren Berufsbildung vor, zum Beispiel bei der finanziellen Unterstützung durch die Übernahme von Lehrgangs- und Prüfungsgebühren. Weiter wird der Darlehensersatz bei einer erfolgreich absolvierten Prüfung angehoben. Die DIHK hat die Novelle befürwortet und war auch bei der Sachverständigenanhörung im Bildungsausschuss des Bundestages vertreten. Aufgrund des Aus der Ampel-Regierung wurde die Reform nicht mehr verabschiedet.

AHK-Berufsbildung für Fachkräfteeinwanderung

Unternehmen, die im Ausland Fachkräfte nach deutschen Qualitätsstandards aus- und weiterbilden möchten, bestmöglich unterstützen: Mit diesem Ziel engagieren sich AHKs, IHKs und DIHK gemeinsam für duale Berufliche Bildung im Ausland. Seit März 2024 kann ein Berufsbildungszertifikat (Kategorie A) einer AHK als Qualifikationsnachweis für eine Beschäftigung in Deutschland über die Chancenkarte dienen. Das Bundesinstitut für Berufsbildung bestätigt, dass der AHK-Abschluss durch eine Ausbildung erworben wurde, die nach Inhalt, Dauer und der Art ihrer Durchführung die Anforderungen des Berufsbildungsgesetzes einhält.

IT-Fortbildungssystem novelliert

Mit zwei Fortbildungsstufen startete im November 2024 ein einfaches und zeitgemäßes IT-Fortbildungssystem: vom Geprüften Berufsspezialisten zum Bachelor Professional in IT. Die Qualifizierung zum Berufsspezialisten soll die in der Ausbildung erworbenen Fähigkeiten vertiefen und ergänzen. Mit dem Abschluss Bachelor Professional in IT empfehlen sich Absolventen für anspruchsvolle Fach- und Führungsaufgaben. Ziel dieser zweiten Stufe ist die Ergänzung um Qualifikationen aus den Bereichen Betriebswirtschaft, Führung und Projektmanagement.



Europäisches Kammertreffen der Berufsbildungsexperten im Oktober 2024 in der DIHK Berlin

Zuwanderung im Fokus

Die Zuwanderung ist einer von mehreren Pfeilern zur Fachkräftesicherung in den Betrieben. Beim IHK-Tag 2024 hat die DIHK dieses Thema ganz oben auf die Agenda gesetzt und damit ein wichtiges Zeichen gesendet. Neuregelungen des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes sind 2024 in Kraft getreten. Die DIHK begleitet den Umsetzungsprozess und fordert schnelle, transparente und einfachere Verfahren. Hierbei nutzt sie diverse Kooperationsformate mit den beteiligten Bundesministerien sowie den relevanten Akteuren aus Politik und Verwaltung. DIHK-Präsident Peter Adrian hat zudem beim Treffen mit Bundeskanzler Olaf Scholz im Oktober die Notwendigkeit dieser Verbesserungen unterstrichen. Gemeinsam mit den Projekten der Service GmbH informiert die DIHK zudem die IHKs und bietet Raum für regelmäßigen Austausch.

Weiterbildung: Perspektiven für selbständige Dozenten erhalten

Die veränderte Rechtsprechung des Bundessozialgerichts ist eine Bedrohung für eine selbständige Tätigkeit von Dozenten in der Beruflichen Bildung. Sie gefährdet Teile der Weiterbildungseinrichtungen in ihrer Existenz und stellt traditionelle Geschäftsmodelle in Frage. Die DIHK steht im engen Austausch mit den zuständigen Bundesministerien, insbesondere dem BMAS. Im Rahmen von in- und externen AGs arbeitet die DIHK unter Einbeziehung der Betroffenen an untergesetzlichen sowie gesetzlichen Lösungen.

Prognos-Studie zum Fachkräftebedarf in der Transformation veröffentlicht

Um die Klimaziele bis 2045 zu erreichen, braucht es gut qualifizierte Fachkräfte. Jedoch drohen Personalengpässe in vielen Wirtschaftsbereichen die Energiewende stark zu bremsen. Allein für den Ausbau der Kernbranchen Solar, Wind und Wasserstoff sind bis zum Jahr 2030 insgesamt über eine halbe Million Fachkräfte erforderlich. Dies ist eines der Kernergebnisse der Studie zu „Fachkräftebedarf und Fachkräftegewin-

nung in der Transformation“, die von Prognos im Auftrag der DIHK erstellt und im Dezember veröffentlicht wurde.

Europäische Kammern tagen in Berlin

Im Oktober fand das Europäische Kammertreffen in Berlin statt, das in diesem Jahr von der DIHK und dem ZDH ausgerichtet wurde. Berufsbildungsexpertinnen und -experten aus den Kammerorganisationen von Deutschland, Österreich, Luxemburg, Südtirol, der Schweiz und Ostbelgien tauschten sich zu aktuellen Themen in der beruflichen Aus- und Weiterbildung aus. Neben einem Impuls des BMBF-Staatssekretärs Jens Brandenburg standen dieses Jahr unter anderem die Themen Validierung informell erworbener Kompetenzen sowie der Beitrag der Beruflichen Bildung zur Erreichung der Klimaneutralität auf der Tagesordnung.

Teilqualifikationen unterstützen Fachkräftesicherung

Die IHK-Organisation unterstützt die berufsabschlussorientierte Nachqualifizierung über Teilqualifikationen (TQs). Das BMBF-geförderte Projekt „CHANCEN NUTZEN! Mit Teilqualifikationen Richtung Berufsabschluss“ der DIHK Service GmbH entwickelt für IHKs zahlreiche Angebote, um TQs noch bekannter zu machen und Standardisierung zu fördern. Dafür wurde unter anderem eine neue Website erstellt (www.chance-tq.de), die FAQs sowie standardisierte Teilqualifikationen anbietet.

Ausbildungsberufe modernisiert

Die Ausbildungsberufe der Industriekaufleute, Umwelttechnologien und Feinoptiker sind August 2024 frisch modernisiert an den Start gegangen. Bei vielen regionalen IHK-Informationsveranstaltungen treffen sie auf großes Interesse der Unternehmen. Weitere Modernisierungsverfahren sind im Jahr 2024 vorangeschritten, insbesondere bei den Floristen, den Kaufleuten für Büromanagement und den Gold- und Silberschmieden. Das Inkrafttreten der Verfahren ist zum 1. August 2025 geplant.

Osnabrücker Gespräch thematisiert ERASMUS+

ERASMUS+ – Wie können Azubis noch besser vom Erfolgsprojekt der EU profitieren? Darüber diskutierten die Teilnehmer des vierten „Digitalen Osnabrücker Gesprächs zu Perspektiven der Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis“ im Februar 2024. Das von DIHK und IHK Osnabrück veranstaltete Format zeigte, dass ERASMUS+ einen wesentlichen Beitrag zur Beruflichen Bildung leisten kann und alle Beteiligten stark von den internationalen Erfahrungen profitieren können.

Schichtarbeit familienfreundlich gestalten

Wie funktioniert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Schichtbetrieben? Diese Frage stand im Mittelpunkt der virtuellen Multiplikatorenveranstaltung von „Erfolgsfaktor Familie“ im Juni 2024. Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft sowie Personalverantwortliche aus Betrieben mit Schichtarbeit unterschiedlicher Branchen diskutierten, wie eine familienfreundliche Schichtarbeit aussehen könnte. Ziel war es, auszuloten, wie Schichtarbeit bei der Polizei, einem Gesundheitszentrum, einem Lebensmittelmarkt und einem industriellen Schichtbetrieb – stellvertretend für viele anderen Branchen – familienfreundlich gestaltet werden kann. Ekin Deligöz, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesfamilienministerin, und der stellvertretende DIHK-Hauptgeschäftsführer Achim Dercks hoben die Relevanz einer familienfreundlichen Schichtarbeit für die Fachkräftegewinnung und die wichtige Rolle der Kinderbetreuung für Schichtarbeiter hervor.



Bundesfamilienministerin Lisa Paus zeichnete 31 „Lokale Bündnisse für Familie“ mit dem Siegel „Ausgezeichnet in die Zukunft“ aus.

20 Jahre „Lokale Bündnisse für Familie“

2024 konnte das 20-jährige Bestehen der Bundesinitiative „Lokale Bündnisse für Familie“ auf vielfältige Weise gefeiert werden. Dadurch wurde sichtbar gemacht, wie wichtig eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die Fachkräftesicherung in den Regionen ist. Die Aktivitäten zahlten auf den „Neustart“ der Initiative ein,

der im Jahr 2023 stattgefunden hat. Eine bundesweite Bündnisumfrage unterstützte besonders aktive Bündnisse und zukunftsrelevante Handlungsfelder. Bundesfamilienministerin Lisa Paus zeichnete im November insgesamt 31 starke „Lokale Bündnisse für Familie“ für ihr besonderes Engagement als „Siegelbündnisse“ aus und betonte die

wichtige Rolle der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die Fachkräftesicherung. So leisten die über 300 „Lokalen Bündnisse für Familie“ einen wertvollen Beitrag dazu, Wirtschaftsregionen familienorientiert aufzustellen und die Standortattraktivität zu steigern.

Unternehmenstag „Vereinbarkeit verbessern – Fachkräfte sichern“

Beim Unternehmenstag mit dem Motto „Vereinbarkeit verbessern – Fachkräfte sichern“ wurde die Prognos-Studie zur Arbeitgeberattraktivität vorgestellt. Die repräsentative Beschäftigtenbefragung von mehr als 2.500 Personen zeigt differenziert auf, was erwerbstätige Mütter, Väter und pflegende Angehörige für eine gelungene Vereinbarkeit brauchen und von ihren Arbeitgebern erwarten. Ergebnis: Wenn Arbeitgeber diese Bedarfe berücksichtigen, können sie ihre Attraktivität deutlich steigern. Dabei geht es um eine sehr relevante Gruppe auf dem Arbeitsmarkt, denn mit rund 14 Millionen Menschen sind etwa ein Viertel der Erwerbstätigen in Deutschland Eltern mit Kindern unter 18 Jahren oder pflegende Angehörige. Für eine familienfreundliche Arbeitsgestaltung sind viele bereit, den Arbeitgeber zu wechseln oder auf Gehalt zu verzichten.

Anschließend diskutierten DIHK-Präsident Peter Adrian, Bundesministerin Lisa Paus und David Juncke, Experte für Familienpolitik der Prognos AG, über die Fachkräftesicherung in Deutschland und die Bedeutung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In fünf Workshops erarbeiteten die Teilnehmer mit dem Netzwerkbüro „Erfolgsfaktor Familie“ Szenarien für das Jahr 2035.

Integration von Geflüchteten

Ein wichtiges Thema war der „Job-Turbo“, eine Initiative der Bundesregierung, um Geflüchtete schneller in Beschäftigung zu integrieren. Die DIHK war von Anfang an involviert und konnte eine erhebliche Flexibilisierung der Berufssprachkurse erreichen, eine langjährige Forderung aus der Wirtschaft.

Über 140 Flüchtlingskoordinatorinnen und -koordinatoren setzen sich in der IHK-Organisation für die Integration Geflüchteter ein. Auf dem IHK-Tag wurden zahlreiche IHK-Projekte vorgestellt. Beim digitalen Jahrestreffen der Koordinatorinnen und Koordinatoren im November ermutigte Düzen Tekkal, Autorin, Journalistin und Unternehmerin,



Diskutierten angeregt über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Moderator Mads Pankow, DIHK-Präsident Peter Adrian, Bundesfamilienministerin Lisa Paus und David Juncke, Partner und Direktor, Prognos AG (v.l.n.r.).



Staatssekretär Sven Giegold (l.) und der stellvertretende DIHK-Hauptgeschäftsführer Achim Dercks (r.) waren eigens nach Salzwedel gereist, um Christine Heuer (m.r.) und Said Farid Sadat (m.l.) als 4.000stes Mitgliedsunternehmen im „NETZWERK Unternehmen integrieren Flüchtlinge“ willkommen zu heißen.

dazu, sich weiterhin mit Engagement und Resilienz für eine funktionierende Integration einzusetzen.

Das 2016 gemeinsam von der DIHK mit dem BMWK initiierte Projekt „NETZWERK Unternehmen integrieren

Flüchtlinge“ konnte dieses Jahr sein 4.000. Mitglied begrüßen: Den Floristikbetrieb „Christine Floristik“ aus Salzwedel. BMWK-Staatssekretär Sven Giegold und der stellvertretende DIHK-Hauptgeschäftsführer Achim Dercks reisten eigens nach Salzwedel, um Christine Heuer und

ihre ausgebildete Fachkraft Said Farid Sadat willkommen zu heißen (siehe Bild). Besonders erfreulich: Bis Ende des Jahres sind weitere 324 Betriebe Mitglied geworden.

Zusätzlich haben im September 2024 15 neue Regionalbotschafterinnen und Regionalbotschafter ihre ehrenamtliche Arbeit für das NETZWERK aufgenommen. Die Unternehmerinnen und Unternehmer sind Vorreiter bei der Integration, geben ihre Tipps an andere Unternehmen weiter und sind Sprachrohr der Wirtschaft bei Presse und Politik. So präsentierte der Regionalbotschafter für Sachsen-Anhalt sein Konzept zur Integration und gegen Vorurteile im Betrieb beim BMWK-Mittelstandsbeirat im Beisein von Bundesminister Robert Habeck.

Niedrigschwelliger Zugang zu internationalem Personal

Über eine Matching-Plattform des BMBF geförderten Projekts „Unternehmen Berufsanererkennung“ können Unternehmen seit 2022 mit internationalen Fachkräften in Kontakt kommen und sie über eine betriebliche Nachqualifizierung kennenlernen. Diese sogenannte Anpassungsqualifizierung ist für viele Unternehmen mit hohem Fachkräftebedarf bereits Teil ihrer Onboarding-Strategie geworden. Für andere kleine und mittlere Unternehmen ist UBAconnect unter Beteiligung von bereits 37 IHKs ein erster Schritt, sich dem internationalen Recruiting zu nähern. Wie sehr Unternehmen derzeit noch auf Unterstützung angewiesen sind, hat auch die Diskussion im Rahmen des IHK-Tags zum Thema Matching-Angebote gezeigt. Hier gaben Unternehmerinnen Einblick in ihre Erfahrungen bei der Personalgewinnung aus dem Ausland und diskutierten mit IHKs, Ehrenamt und BMWK.

Rechte Seite: In 37 Kammerregionen in ganz Deutschland können Unternehmen über den Matching-Service UBAconnect internationale Fachkräfte kennenlernen, die über bereits teilweise anerkannte Berufsabschlüsse verfügen.

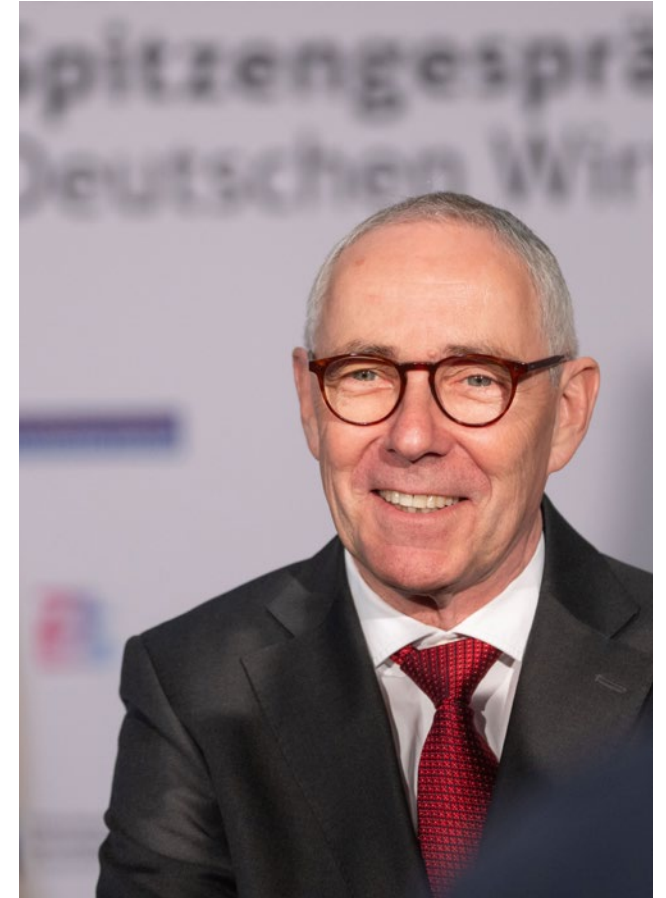


Erfreut sich wachsender Nachfrage: Das Projekt „Hand in Hand for International Talents“ unterstützt in 19 IHK-Regionen bei der Fachkräfteeinwanderung.

„Hand in Hand for International Talents“ wächst

Das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und von der DIHK finanzierte Pilotprojekt „Hand in Hand for International Talents“ (HiH) ist mit Verstärkung in die zweite Projektlaufzeit gestartet: Mit zwölf neuen IHK-Regionen unterstützt das Projekt nun Unternehmen in insgesamt 19 Pilotregionen bei der Fachkräfteeinwanderung. Getestet

wird im Projekt, wie die Rekrutierung und Integration von Fachkräften aus dem Ausland in der Praxis gelingen kann. Auch die Berufsgruppen, die im Fokus liegen, wurden erweitert: Unternehmen finden über das Projekt nun Fachkräfte aus den Bereichen Elektro, Hotellerie und Gastronomie, IT und – neu – der Berufsgruppe Metallverarbeitung.



DIHK-Präsident Peter Adrian warb in zahlreichen Interviews und Gesprächen für die Themen der deutschen Unternehmen – wie hier im Rahmen des Münchener Spitzengesprächs der Deutschen Wirtschaft.

Erleichterungen im Nachweisgesetz erreicht

Die DIHK hat 2024 mehrfach zum Vierten Bürokratieentlastungsgesetz Stellung genommen. Durch dieses Engagement konnte die DIHK unter anderem Verbesserungen im Nachweisgesetz erreichen. Nunmehr können die „wesentlichen Vertragsbedingungen“ wie Gehalt, Urlaub oder Kündigungsfristen in Textform nachgewiesen werden. Diese Erleichterung gilt

auch bei Arbeitsverträgen mit Altersgrenzenregelung und im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung. Der Ausschluss einer einfachen und unkomplizierten Textform durch Vorgabe der Schriftform führte in der Wirtschaft bisher zu einem hohen Bürokratieaufwand. Jedes Unternehmen, das neue Mitarbeiter einstellte und Arbeitsverträge von Mitarbeitern änderte, war davon betroffen. Mit der Einführung der Textform sind die Unternehmen von dieser bürokratischen Last nunmehr befreit

Neugründung des Arbeitskreises Arbeits- und Sozialrecht

Die DIHK hat den neuen Arbeitskreis für Arbeits- und Sozialrecht ins Leben gerufen, an dem sich mehr als 100 interessierte Kolleginnen und Kollegen der IHKs beteiligen. Neben regelmäßigen virtuellen Austauschen fand im November 2024 ein erstes Treffen in Berlin statt, bei dem

der arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Stephan Stracke, einen Überblick über die arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Herausforderungen gab. Zudem diskutierten die Teilnehmer mit einem Vertreter der Bundesfachstelle für Barrierefreiheit über die Umsetzung des Barrierefreiheitsstärkungsgesetzes und die Auswirkungen für Betriebe und IHKs. Weiterhin gaben Vertreter der Deutschen Rentenversicherung Einblicke in die Arbeit der Clearingstelle sowie Hinweise für den Umgang mit der A1-Bescheinigung bei Dienstreisen ins europäische Ausland.

Berufsbildungspartnerschaft Mexiko

Seit Dezember 2023 läuft die zweite Phase der Berufsbildungspartnerschaft (BBP) Mexiko zwischen der DIHK, dem Koordinierungsrat der mexikanischen Wirtschaft (CCE), dem mexikanischen Arbeitgeberverband (COPARMEX) sowie dem Nationalen Rat für Normierung und Zertifizierung von beruflichen Kompetenzen (CONOCER). Das Projekt wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) über die sequa GmbH finanziell gefördert und läuft drei Jahre.

Mexikanische Auszubildende erzählen

Zum vierten Mal in Folge veranstaltete die Berufsbildungspartnerschaft Mexiko den Girls' Day im Rahmen der „Dualen Woche“ in Mexiko. Über 120 Teilnehmerinnen besuchten während des Aktionstags verschiedenen Ausbildungsunternehmen.

Der begleitende landesweite Videowettbewerb diente als kreativer Ansatz, um die Erfahrungen der Auszubildenden und die Vorzüge des dualen Systems öffentlichkeitswirksam hervorzuheben. Die Videos, die von den fast 300 Einsendungen die meisten „Likes“ auf YouTube erhielten, wurden als Gewinnerinnen gekürt.



Zum vierten Mal in Folge veranstaltet die Berufsbildungspartnerschaft Mexiko den Girls' Day im Rahmen der „Dualen Woche“ in Mexiko.



Wirbt intensiv bei Bundesjustizminister Marco Buschmann (l.) um den Abbau unnötiger Bürokratie: DIHK-Bereichsleiter Rainer Kambeck.

Wirtschafts- und Mittelstandspolitik

2024 war ein herausforderndes Jahr für die Unternehmen in Deutschland. Neben konjunkturellen Problemen, die für die Exportnation Deutschland als Auswirkung geopolitischer Spannungen besonders stark trafen, hatte die Wirtschaft insbesondere mit strukturellen Problemen und Standortbedingungen zu kämpfen. Die DIHK lieferte durch bundesweite Unternehmensbefragungen wie die DIHK-Konjunkturumfrage sowie durch den direkten Kontakt mit vielen Betrieben hierzu erneut Informationen aus der Praxis seiner Mitglieder. Die Breite der unternehmerischen Kontakte ermöglicht der DIHK dabei eine fundierte Einschätzung zu unterschiedlichen Branchen, Regionen und Unternehmensgrößen. Dabei bietet die DIHK neben Befragungen etliche weitere Formate auch des persönlichen Austausches zwischen Wirtschaft, Politik und Ministerien. So wurden etwa bei Sitzungen des DIHK-Mittelstandsausschusses mit politischen Entscheidern wichtige Handlungsfelder thematisiert, wie der Abbau von Bürokratie, die Gewinnung von Fachkräften, die Senkung der hohen Energiekosten und die Reduzierung der im internationalen Vergleich hohen Steuerbelastung. Wichtige Vorschläge kamen dabei direkt aus der Unternehmenspraxis – auch solche, die unmittelbar in aktuellen Gesetzgebungsverfahren wie etwa dem Vierten Bürokratieentlastungsgesetz aufgenommen wurden.

Der Mittelstand von morgen

Die DIHK liefert mit ihren Reporten zu Unternehmensgründungen und Unternehmensnachfolge den politischen Entscheidern wichtige Informationen, die auf zehntausenden Beratungs- und Informationsgesprächen der regionalen IHKs mit Gründern, jungen Unternehmen und zur Nachfolge anstehenden Betrieben beruhen. 2024 zeigte die DIHK auf, dass das Interesse an unternehmerischem Engagement in Deutschland einen Tiefpunkt erreicht

hat. Die Zahl der Unternehmer, die eine Nachfolgelösung suchen, ist mittlerweile dreimal so hoch wie die Zahl der Interessenten. Zusätzlich zu den Unsicherheiten über das geschäftliche Umfeld belasten insbesondere die hohe Regulierungsdichte und steigende Betriebskosten das unternehmerische Engagement. Basierend auf den Ergebnissen des Reports appelliert die DIHK an die Politik, Pioniermut und Unternehmergeist deutlicher zu unterstützen. Potenzielle Gründer und Interessenten an einer Unternehmensübernahme fordern von der Politik vor allem einen konsequenten Abbau von unnötiger Bürokratie, geringere Steuerbelastungen und wettbewerbsfähige Energiepreise. Festgestellt werden konnte, dass es vielen Betroffenen auch um ein besseres Verständnis für das Unternehmertum in der Gesellschaft geht.

Unnötige Bürokratie abbauen

Regelmäßig zeigen DIHK-Umfragen die hohen bürokratischen Belastungen auf. Deshalb hat sich die DIHK im Jahr 2024 mit einer Reihe von Gesetzesinitiativen für den Bürokratieabbau eingesetzt. Die DIHK hat die Positionen und Forderungen in mehreren Stellungnahmen und Anhörungen an den deutschen Bundestag gerichtet – zum Beispiel mit konkreten Vorschlägen für das Vierte Bürokratieentlastungsgesetz. Auch in Europa hat sich die DIHK für Bürokratieabbau und Bessere Rechtsetzung eingesetzt. Dazu hat die DIHK Anfang November ein Ideenpapier mit über 50 konkreten Vorschlägen zum Bürokratieabbau im Europarecht veröffentlicht. Um den Bürokratieabbau sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene voranzutreiben, hat die DIHK unter der Überschrift „Ernst machen: Bürokratie spürbar abbauen und Wettbewerbsfähigkeit wiederherstellen“ zudem eine Veranstaltung organisiert, an der Ende September neben Bundesjustizminister Marco Buschmann über 200 Personen teilgenommen haben.



DIHK-Bereichsleiter Rainer Kambeck (2.v.r.) als Sachverständiger bei der Öffentlichen Anhörung im Rechtsausschuss des Bundestages zum BEG IV. Er forderte die Umsetzung der vielen Vorschläge, die von der DIHK eingebracht worden sind.

Wirtschaftspolitische Positionen der DIHK wurden neu verfasst

Ende November hat die DIHK-Vollversammlung die aktualisierten Wirtschaftspolitischen Positionen (WiPos) beschlossen. Dem Beschluss ist ein intensiver Abstimmungsprozess vorausgegangen: Es haben sich sowohl Unternehmen direkt als auch die IHKs eingebracht. Im Herbst 2024 wurden über 2.000 Rückmeldungen aus den IHKs und den DIHK-Ausschüssen in die WiPos eingearbeitet, die Leitlinien für grundsätzliche Positionen in relevanten Politikfeldern formulieren. Damit zeigt die DIHK Politik und Öffentlichkeit, wofür die DIHK steht. Aus den aktuellen WiPos geht hervor, dass Unternehmen und Politik in einer Zeit großer politischer Herausforderungen auf pragmatische Lösungen angewiesen sind. Im aktuellen Überarbeitungsprozess wurden die bisherigen Europapolitischen Positionen in die WiPos integriert. Das verbessert die Übersichtlichkeit und reduziert maßgeblich den Konsultationsaufwand.

Lieferkettensorgfaltspflichtengesetze in Deutschland und der EU

Nachdem zuvor zunächst Unternehmen mit mindestens 3.000 Mitarbeitern in Deutschland die Vorgaben des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) erfüllen mussten, gilt das Gesetz seit 2024 auch für Unternehmen mit mindestens 1.000 Beschäftigten. Die DIHK hat bestehende Herausforderungen für direkt und indirekt betroffene Unternehmen kontinuierlich benannt und auf die Notwendigkeit der Reduzierung bürokratischer Lasten hingewiesen. Infolgedessen wurde von der Bundesregierung eine Verkleinerung des Anwendungsbereichs des LkSG angekündigt und von den Ministerien ein Sofortprogramm für untergesetzliche Maßnahmen zur Erleichterung der Anwendung des LkSG auf den Weg gebracht. Darüber hinaus hat sich die DIHK im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses zum EU-Lieferkettengesetz für verhältnismäßige und praxistaugliche menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten für Unternehmen eingesetzt.

DIHK unterstützt KMUs bei Sustainable Finance

Viele unterschiedliche Aktivitäten und Maßnahmen auf europäischer wie nationaler Ebene lassen sich dem Ziel der nachhaltigen Finanzierung zuordnen und haben die gewerbliche Wirtschaft intensiv beschäftigt. Die DIHK hat gemeinsam mit ihrem Europäischen Dachverband Eurochambres die Interessen der KMU in der Plattform on Sustainable Finance vertreten. Die Plattform berät die EU-Kommission bei dieser hochkomplexen Thematik. Auf nationaler Ebene engagierte sich Christian Jöst, Vize-Präsident der IHK Darmstadt, mit DIHK-Unterstützung im Sustainable Finance-Beirat der Bundesregierung und hat dort die Praxis der gewerblichen mittelständischen Wirtschaft eingebracht.

Bei der Umsetzung der EU-Nachhaltigkeitsberichterstattungsrichtlinie hat die DIHK von Anfang an in verschiedenen Stellungnahmen verdeutlicht, dass eine Umsetzung in nationales Recht in der Unternehmenspraxis nicht möglich ist. Diesen Standpunkt hat die DIHK auch in der Anhörung des Rechtsausschusses des deutschen Bundestages als Sachverständige vertreten. Die DIHK hat sich bei unterschiedlichen Akteuren in Brüssel und Berlin immer dafür eingesetzt, dass es zu praktikablen Formen einer Nachhaltigkeitsberichterstattung kommt. Ende 2024 hat die Bundesregierung die Notwendigkeit von Änderungen aufgenommen und sich an die EU-Kommission gewandt. Die EU-Kommission hat daraufhin einen Vorschlag zum Abbau unangemessener Regelungen in der Nachhaltigkeitsberichterstattung, in der Taxonomie sowie bei der Lieferkettenregulierung angekündigt.

Um die mittelbaren Auswirkungen der Berichterstattung für die kleinen und mittleren Unternehmen zu begrenzen, hat die DIHK ein Pilotprojekt organisiert, um Vorschläge für einen freiwilligen Berichtsstandard auf EU-Ebene zu prüfen. Zehn kleine und mittlere Unternehmen befassten sich in verschiedenen Workshops mit dem Entwurf und prüften dessen Praktikabilität. Das Ergebnis floss sowohl in eine Stellungnahme als auch in direkte Gespräche mit der

EU-Kommission ein. Unterstützend hat die DIHK zwei weitere Webinare „Spotlight Sustainable Finance“ mit jeweils mehr als 500 Teilnehmern organisiert: zum Entwurf des KMU-Standards und zu den ersten Erfahrungen mit den verpflichtenden europäischen Nachhaltigkeitsberichtsstandards (ESRS). Um noch deutlicher auf die Problematik des Trickle-down-Effekts hinzuweisen, hat das DIHK-Präsidium das Positionspapier „Entlastung bei der Nachhaltigkeitsberichterstattung: Fünf DIHK-Vorschläge für praxiserichte ESG-Daten entlang der Wertschöpfungskette“ verabschiedet. Eingebunden in den Abstimmungsprozess war die gesamte IHK-Organisation. Denn die DIHK koordiniert das Thema Sustainable Finance mittels einer bundesweiten Arbeitsgruppe, in der sich regelmäßig engagierte Mitglieder aller IHKs mit dem Thema befassen.

DIHK-Netzwerktag der Business Women IHK

Rund 150 Unternehmerinnen und Managerinnen aus ganz Deutschland kamen im September in Erfurt zusammen, um beim jährlichen Netzwerktag der IHK-Business Women über die Zukunft der Arbeitswelt zu diskutieren. Die Veranstaltung in Kooperation mit der IHK Erfurt widmete sich Themen zur Arbeitswelt der Zukunft: Künstliche Intelligenz (KI) und generationsübergreifende Führung. Kirsten Schoder-Steinmüller, DIHK-Vizepräsidentin und Schirmherrin der Business Women IHK, brachte es auf den Punkt: „Künstliche Intelligenz revolutioniert unsere Wirtschaft. Frauen spielen dabei eine Schlüsselrolle.“

Am zweiten Tag ging es nach fünf Praxisworkshops mit Expertinnen um die Aktivitäten der Business Women IHK selbst: Mit ihrem Aktionsplan „Werde Unternehmerin!“ setzen sie sich dafür ein, dass Frauen noch öfter den Schritt in die Selbstständigkeit wagen. Erfreulicherweise steigt auch durch die Maßnahmen dieses Aktionsplans die Anzahl der weiblichen IHK-Vollversammlungsmitglieder stetig – zuletzt lag sie bundesweit bei 25,5 Prozent.



DIHK-Netzwerktag der Business Women IHK in Erfurt im September: Kirsten Schoder-Steinmüller, DIHK-Vizepräsidentin, und Cornelia Haase-Lerch, Hauptgeschäftsführerin IHK Erfurt (v.l.n.r.).



Freuen sich auf den nächsten Netzwerktag in Bayern: Annette Projahn, Vizepräsidentin IHK Erfurt, und Ingrid Obermeier-Osl, Vizepräsidentin IHK für München und Oberbayern (v.l.n.r.)

Neues Positionspapier: DIHK-Impulse für eine zukunftsfähige Innovationspolitik

Ob Digitalisierung, klimafreundlichere Energieversorgung oder die Bewältigung des demografischen Wandels: Die aktuellen Herausforderungen erfordern innovative Lösungen. Allerdings ist die Innovationsbereitschaft der deutschen Wirtschaft laut aktuellem DIHK-Innovationsreport auf den niedrigsten Stand seit der ersten Erhebung im Jahr 2008 gefallen. Umso dringender ist es, ein innovationsfreundliches Umfeld zu schaffen, damit hierzulande durch kluge Köpfe und mit innovativen Technologien neue Produkte und Geschäftsmodelle entstehen können. Hierfür hat das DIHK-Präsidium im März ein neues Positionspapier mit zehn Impulsen für eine zukunftsfähige Innovationspolitik beschlossen. Dazu zählen beispielsweise Reallabore ebenso wie Maßnahmen zum Bürokratieabbau, die die Umsetzung von Innovationen erleichtern.

Krankenhausreform und das zukünftige Kammerwesen im Blick

Die Gesundheitswirtschaft ist ein wichtiger Teil der deutschen Wirtschaft. Das schlägt sich auch in der politischen Interessenvertretung nieder. So hat sich die DIHK mit einer Stellungnahme zum Medizinforschungsgesetz in das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren eingebracht. Der DIHK-Ausschuss für Gesundheitswirtschaft tagte im April und November – jeweils stand die Krankenhausreform im Vordergrund. Die Mitglieder konnten im April mit Michael Weller, Abteilungsleiter im BMG, Gesetzgebungsverfahren diskutieren und ihre Vorschläge einbringen. Im November tauschten sie sich mit Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, über die Folgen der Reform aus. Zudem gab es in der IHK-Organisation Diskussionen zu den Auswirkungen des Apotheken-Reformgesetzent-

wurfes auf die Apotheken. Auf dem Hauptstadtkongress diskutierte die DIHK in einem hochkarätig besetzten Panel zur Bedeutung und künftigen Ausrichtung des Kammerwesens mit Blick auf das Gesundheitswesen und brachte die Sicht der IHK-Organisation ein.

Zukunft Innenstadt: Lebendige Städte für Wirtschaft und Menschen

Unsere Innenstädte stehen vor großen Herausforderungen: Das Einkaufs- und Mobilitätsverhalten der Menschen verändert sich rasant, während der verfügbare Raum begrenzt ist und vielfältige Interessen aufeinandertreffen. Die DIHK entwickelt daher neue Ansätze, um Städte attraktiver, funktionaler und wirtschaftlich zukunftsfähig zu gestalten. Themen wie Mobilität, Erreichbarkeit, Handel, Gastronomie, Kultur und Grünflächen spielen dabei eine zentrale Rolle.



2024 wurde in zahlreichen DIHK-Gremien intensiv über diese Themen diskutiert, insbesondere über die Gestaltung von Verkehrsflächen. Ein Höhepunkt war der zweitägige DIHK-Innenstadtkongress im November in Berlin, der mit einem innovativen Konzept neue Maßstäbe setzte. Der Kongress war als stilisierter Marktplatz gestaltet, mit einer zentralen Bühne in der Mitte, die von Ständen umgeben war. An diesen Ständen wurden Projekte und Best-Practice-Beispiele vorgestellt, die die Teilnehmer inspirieren und zum Austausch anregen sollten.

In offener Atmosphäre konnten Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Kommunen und IHKs intensiv miteinander diskutieren, neue Impulse geben und kreative Lösungsansätze entwickeln. In Workshops und Podiumsdiskussionen wurden Konflikte zwischen unterschiedlichen Interessen – von mehr Kundenparkplätzen bis hin zu Fahrrad- und Busspuren – beleuchtet und zukunftsfähige Lösungen erarbeitet. Die Ergebnisse des Kongresses fließen in eine Handreichung ein, die Kommunen als Orientierung dient. Gleichzeitig bringt sich die DIHK auf Bundesebene ein, etwa im Beirat Innenstadt des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauen, um die nachhaltige Entwicklung multifunktionaler und widerstandsfähiger Innenstädte voranzutreiben.

Bei der (Neu)Gestaltung von Innenstädten müssen unterschiedliche Interessen berücksichtigt werden – DIHK-Referatsleiterin Alena Kühlein sammelt die Anregungen der Teilnehmer des DIHK-Innenstadtkongresses.

Weichenstellungen für Bau- und Immobilienbranche

Der DIHK-Bau- und Immobilienausschuss hat in zwei Sitzungen mit Vertretern der Bundespolitik, dem Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauen und namhaften Fachexperten zentrale Themen der Bau- und Immobilienwirtschaft intensiv erörtert. Im Fokus standen neben geplanten Gesetzen sowohl aktuelle Herausforderungen wie die Wohnungsnot und nachhaltiges Bauen als auch langfristige strategische Weichenstellungen für die Branche. Dabei wurden Anregungen und Maßnahmen entwickelt, die dazu beitragen, politische Interessen wirkungsvoll zu vertreten und konkrete Lösungen auf den Weg zu bringen.

Politischer Vorabend der Herbstsitzung des DIHK-Bau- und Immobilienausschusses im Dezember in Berlin: Daniel Föst, bau- und wohnungspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion.



Perspektiven des Handels in die politische Diskussion eingebracht

Die Mitglieder des DIHK-Handelsausschusses nutzten ihre Frühjahrs- und Herbstsitzungen in Brüssel und Berlin, um aktuelle handelspolitische Themen mit Entscheidungsträgern und Stakeholdern zu erörtern. In der Frühjahrssitzung lag der Schwerpunkt auf den handelspolitischen Entwicklungen in Europa, die im Austausch mit Vertretern des EU-Parlaments und der EU-Kommission diskutiert wurden. Ein zentrales Thema war dabei, welche Strategien die EU im Bereich der Künstlichen Intelligenz verfolgt und wie sich diese auf den deutschen Handel auswirken können.

In der Herbstsitzung richtete der Ausschuss den Fokus auf die aktuellen handelspolitischen Schwerpunktsetzungen der Bundesregierung und erörterte diese im Gespräch mit Mitgliedern einer Regierungsfraktion. Zudem bot der Austausch mit der Opposition die Gelegenheit, die aktuelle wirtschaftspolitische Lage zu beleuchten. Ein zentraler Schwerpunkt der Ausschusssitzung war die Digitalisierung im Handel, die aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet wurde. In den Diskussionen wurden Themen wie der Handel mit Drittstaatenländern, Cybersicherheit und der Einsatz generativer KI im Handel betrachtet. In allen Dialogen brachte der DIHK-Handelsausschuss die Perspektive der deutschen Handelsunternehmen aktiv in die politischen Diskussionen ein.

Problematische Verkehrsinfrastruktur

Die gravierenden Probleme der Verkehrsinfrastruktur waren auch in diesem Jahr wieder das bestimmende Thema im DIHK-Verkehrsausschuss. Bei der Herbstsitzung in München standen dabei die Herausforderungen im Alpen transit am Brenner durch notwendige Brückensanierungen und die späte Inbetriebnahme des Brenner-Nordzulaufs auf deutscher Seite im Fokus. Themen waren außerdem die verkehrspolitische Bilanz der EU in der zu Ende gehenden Legislaturperiode, die Lage im Kombinierten Verkehr und die Schwierigkeiten des Luftverkehrsstandortes Deutschland im internationalen Wettbewerb. Politische Gäste waren in diesem Jahr Susanne Menge, Obfrau

von Bündnis 90/Grüne im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages, und Christian Bernreiter, MdL, Staatsminister im Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr. Mit ihnen wurden insbesondere die Themen Infrastruktur, Verkehrshaushalt und Klimaschutz im Verkehr diskutiert.

Hotelmeldezzettel wird abgeschafft

Der DIHK-Tourismusausschuss kam im Frühjahr in Berlin und im Herbst in Bayreuth zusammen. Mit Experten und Gästen aus der Politik – darunter Dieter Janecek, Koordi-

nator der Bundesregierung für maritime Wirtschaft und Tourismus – wurden übergreifende Themen beraten, wie etwa Digitale Transformation, Fachkräftesicherung und Nachhaltigkeit im Tourismus. Ein wichtiger Schritt in Richtung Bürokratieabbau im Gastgewerbe ist die Abschaffung des Hotelmeldezettels. Mit dieser Neuregelung wurde eine langjährige Forderung der IHK-Organisation umgesetzt.



Im Austausch mit der DIHK: Bundesfinanzminister Christian Lindner.

Auf DIHK-Vollversammlungen wird mitunter eifrig diskutiert
– zum Beispiel mit dem Vorsitzenden der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz.



Experten aus dem vietnamesischen Finanz- und Wirtschaftsministerium sowie der Nationalversammlung diskutierten beim Besuch der DIHK über Steuerpolitik.



Steuer- und Finanzpolitik

Wachstumschancengesetz – kleine Verbesserungen

Die DIHK hat sich erneut für die Einführung von finanz- und steuerpolitischen Maßnahmen eingesetzt, die das Wirtschaftswachstum in Deutschland beflügeln sollen. Zu Beginn des Jahres 2024 wurde das Wachstumschancengesetz erst nach langen Verhandlungen im Vermittlungsausschuss beschlossen. Der wichtigste positive Anreiz für mehr Investitionen der Unternehmen, für den sich die DIHK eingesetzt hat, war die Verlängerung der degressiven Abschreibung bis immerhin Ende 2025. Im Sinne der Unternehmen wurden zudem wichtige Verbesserungen bei der Thesaurierungsbegünstigung umgesetzt – zukünftig ist vor allem die Zahlung der betrieblichen Ertragsteuern keine nachversteuerungspflichtige Entnahme mehr. Allerdings blieb das Wachstumschancengesetz auch wegen der ausbleibenden Zustimmung der Länder weit hinter den ursprünglichen Ansätzen und den Erwartungen der Unternehmen zurück. Von ursprünglich über sieben Milliarden Euro Entlastung blieben nur knapp drei Milliarden Euro. Die DIHK hat positiv begleitet, dass mit der Mitte des Jahres von der Bundesregierung vereinbarten Wachstumsinitiative weitere Anreize für mehr Investitionen gesetzt werden sollten. Auch die konkrete Umsetzung einiger Vorhaben im Steuerfortentwicklungsgesetz wurde unterstützt, wie etwa die Verlängerung und Erhöhung der degressiven Abschreibung und die deutliche Anhebung der Grenze der Sofortabschreibung. Auch wurde auf die geplante Einführung einer Anzeigepflicht nationaler Steuer-gestaltungen verzichtet.

DIHK-Austausch mit internationalen Experten

Mitte des Jahres waren Experten aus dem vietnamesischen Finanz- und Wirtschaftsministerium sowie der dortigen Nationalversammlung zu Gast in der DIHK, um über Steuerpolitik zu diskutieren. Im Rahmen einer

Delegationsreise („Peer Learning on International Tax Law“) fand ein Austausch zu investitionsfreundlichen Unternehmensteuern statt. Es ging darum, positive Aspekte des deutschen Steuerrechts als Blaupause für die Weiterentwicklung des vietnamesischen Steuerrechts zu finden. Besondere Relevanz hat auch in Vietnam die Gewährleistung von Rechts- und Planungssicherheit (tax certainty) und ein effektiver Rechtsschutz für Unternehmer – Themen, für die sich die DIHK auch in den nationalen Gesetzgebungsprozessen immer wieder einsetzt. Wichtig ist auch die Umsetzung internationaler Standards (OECD) und die Beachtung der Doppelbesteuerungsabkommen. Mit Gästen des größten Unternehmensverbands aus Finnland diskutierten DIHK-Experten über die Besonderheiten des deutschen Mittelstands.

DIHK-Einsatz für staatliches E-Rechnungs-Tool

Ab dem 1. Januar 2025 müssen Unternehmen sogenannte E-Rechnungen empfangen können, die aus strukturierten Daten bestehen. Die DIHK hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass Unternehmen hierzu kostenfrei ein staatliches Tool zur Visualisierung von elektronischen Rechnungen (E-Rechnungen) nutzen können, das rechtzeitig zum Start der Empfangspflicht zur Verfügung steht. In Stellungnahmen und vielen Gesprächen auf verschiedenen Ebenen der Finanzverwaltung hat die DIHK auf die große Bedeutung einer solchen Unterstützung bei der Einführung der E-Rechnung für nationale B2B-Umsätze in Deutschland hingewiesen. Gerade Unternehmen, die bislang ausschließlich mit Papierrechnungen gearbeitet haben, erhalten so eine wertvolle Unterstützung bei diesem Schritt zur Digitalisierung der Steuerverfahren. Dass nun doch ein staatliches Tool zur Verfügung steht, dürfte zu einer deutlich höheren Akzeptanz der E-Rechnung bei den Unternehmen beitragen.

Verbesserungen bei Umsatz- und Lohnsteuer

Die DIHK hat sich im Gesetzgebungsverfahren zum Jahressteuergesetz 2024 erfolgreich für Verbesserungen bei der Umsatzbesteuerung eingesetzt. Zum Beispiel werden geplante Änderungen verschoben, die den Zeitpunkt des Vorsteuerabzugs aus Rechnungen eines Ist-Versteuerers betreffen. Die Änderungen sollen nun erst umgesetzt werden, wenn E-Rechnungen von allen Unternehmen verpflichtend ausgestellt werden und damit die erforderliche Prüfung des Vorsteuerabzugs automatisiert möglich ist. Zudem konnte erreicht werden, dass Dozenten steuerbefreier Bildungsanbieter ihre Leistungen an diese auch weiterhin umsatzsteuerfrei erbringen können. Ursprünglich war vorgesehen, dass die Leistungen von Dozenten in diesen Fällen steuerpflichtig werden. Weil die steuerbefreiten Anbieter die Vorsteuer nicht geltend machen können, hätten sich Bildungsleistungen deutlich verteuert.

Auch beim Lohnsteuerabzug konnte die DIHK im Jahressteuergesetz 2024 Verbesserungen erreichen, etwa bei Betriebsveranstaltungen. Grundsätzlich müssen beispielsweise bei Weihnachtsfeiern alle teilnehmenden Mitarbeiter benannt werden, um gegebenenfalls individuell einen geldwerten Vorteil zuordnen zu können. Allerdings nutzen viele Unternehmen die Möglichkeit einer pauschalen Besteuerung. Den eher bürokratischen Vorstoß des Bundesrats, die grundsätzliche Teilnahmemöglichkeit für alle Mitarbeiter an der Betriebsveranstaltung als Voraussetzung für die steuerliche Pauschalierungsmöglichkeit gesetzlich festzuschreiben, konnte die DIHK verhindern. Ferner konnte abgewehrt werden, dass für die Berechnung des Grundlohns bei steuerfreien Zuschlägen für Sonntags-, Feiertags- oder Nachtarbeit komplizierte steuerliche Bewertungen notwendig werden. Konnte bislang auf den arbeitsvertraglichen Anspruch abgestellt werden, wollte der Gesetzgeber auf den steuerlichen Lohn abstellen. Dies hätte

neben der Berücksichtigung steuerlicher Wertvorschriften auch das Monitoring zeitlicher Komponenten erfordert – und damit Entgeltumwandlungen z. B. zugunsten eines Jobrads unattraktiv gemacht.

Dialog mit Finanzverwaltung wird ausgebaut

Gemeinsam mit den IHKs in Hessen und dem Hessischen Ministerium der Finanzen hat die DIHK einen regelmäßig tagenden „Hessischen Arbeitskreis Lohnsteuer“ gegründet. Ziel ist der Austausch zu aktuellen Entwicklungen in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltungsanweisungen zwischen den Unternehmen untereinander und mit der Finanzverwaltung. Die konstituierende Sitzung fand im Dezember 2024 statt. Vergleichbare Arbeitskreise existieren bereits in Bayern, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. Auch zu Umsatzsteuerthemen pflegt die DIHK gemeinsam mit IHKs und Unternehmen vor Ort den Austausch mit der Finanzverwaltung. Die IHK-Organisation setzt sich so dafür ein, dass bei anstehenden Veränderungen bei den Steuererhebungsverfahren die Expertise aus der Praxis in die Gesetze einfließt.

DIHK-Forderung nach Dezemberlösung bei unterjährigen Einkommensteuertarifanpassungen aufgegriffen

Die Bundesregierung hat mit dem Gesetz zur steuerlichen Freistellung des Existenzminimums 2024 eine Anhebung von Grundfreibetrag und Kinderfreibetrag für das Jahr 2024 vorgenommen. Damit es keine flächendeckende Korrektur des Lohnsteuerabzugs für die Monate Januar bis November 2024 geben musste, sah die Bundesregierung vor, die Entlastungsmaßnahme über den Lohnsteuerabzug im Dezember abzuwickeln. Die DIHK hatte sich bereits 2022 in einem Faktenpapier dafür eingesetzt, dass Tarifveränderungen mit möglichst geringem Aufwand für die Arbeitgeber verbunden sein sollten. Es wurde angeregt, dass unterjährige Tarifänderungen lediglich kumuliert in der Lohn- bzw. Gehaltsabrechnung im Monat Dezember vorgenommen werden sollten. Erfreulicherweise folgte die Bundesregierung dieser Anregung, sodass den Arbeitgebern durch Neuberechnungen und Neubescheinigungen kein zeitlicher und finanzieller Aufwand in der Lohn- und Gehaltsbuchhaltung entsteht.



Die Mitglieder des DIHK-Finanzausschusses und DIHK-Bereichsleiter Rainer Kambeck (l.) diskutierten mit MdBs die aktuelle steuerpolitische Lage nach dem Bruch der Ampel-Koalition.

Rechte Seite: Findet die richtigen Worte, um die Anliegen der Wirtschaft verständlich an Politik und Öffentlichkeit zu transportieren: DIHK-Kommunikationschef Frank Thewes.





Die wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU/CSU Fraktion, Julia Klöckner, MdB, diskutiert mit dem Vorsitzenden des DIHK-Handelsausschusses Bernd Behrens (r.).

Digitalisierung

Technologische Innovationen, insbesondere die generative KI, revolutionieren Wertschöpfungsprozesse in rasantem Tempo. Die Nutzung von KI in Unternehmen wird zunehmend zu einer Frage der Wettbewerbsfähigkeit. Dies gilt insbesondere mit Blick auf kleine und mittelständische Unternehmen. Verlässliche und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen sind unerlässlich. Daten sind der Treibstoff sowohl für innovative Geschäftsmodelle als auch für KI. Fragen der Verfügbarkeit, der Qualität oder der Rechtssicherheit stehen dabei im Mittelpunkt. Gleichzeitig zwingt die veränderte Sicherheitslage dazu, die Digitalisierung der Unternehmen von Beginn an cybersicher zu gestalten.

Cybersecurity

Fragen rund um das deutsche Umsetzungsgesetz der europäischen Netz- und Informationssicherheitsrichtlinie prägten die Diskussionen über das Thema Cybersicherheit. Ziel des Gesetzes ist, ein hohes gemeinsames Sicherheitsniveau sicherzustellen. Angesichts der zunehmenden Gefährdungslage und der durch die Digitalisierung bedingten immer breiteren Angriffsfläche ist ein kooperativer und fähigkeitsbezogener Ansatz erforderlich, der Kapazitäten bündelt und gerade kleinere Unternehmen nicht überfordert. Die DIHK hat sich auf politischer Ebene dafür engagiert, dass der Staat Unternehmen in erster Linie durch praxistaugliche Umsetzungshilfen und aktuelle, relevante, zielgerichtete und konkret an den Bedarfen der Unternehmen ausgerichtete Lageinformationen unterstützt. Darüber hinausgehende Verpflichtungen sowie zusätzliche Nachweis- und Meldepflichten für die Unternehmen sollten gerade kleinere Unternehmen nicht überfordern. Über diese Fragen diskutierten die Mitglieder des IKT-Ausschusses der DIHK auf ihrer Herbstsitzung mit dem Berichterstatter der CDU-/CSU-Fraktion im deutschen Bundestag, Marc Henrichmann.

AI Act

Wichtig ist die Ausgestaltung einer Governance für die KI-Verordnung. Dazu gehören unter anderem die Benennung und Ausgestaltung einer Marktüberwachungsbehörde und von KI-Reallaboren. Das sind einige der Aspekte, die in einem DIHK-Impulspapier dargelegt und im Austausch mit dem Bundeswirtschaftsministerium von Unternehmern aus dem IKT-Ausschuss sowie engagierten, KI-affinen Unternehmen unterstrichen wurden. Die KMUs konnten dabei ihre Erfahrungen mit KI-Anwendungen einbringen.

Auf europäischer Ebene setzt sich die DIHK durch Teilnahme an Konsultationen und Arbeitsgruppen des AI Office dafür ein, dass auch nach Veröffentlichung der KI-Verordnung eine praxisgerechte Umsetzung im Vordergrund steht.

Verwaltungsdigitalisierung

In deutschen Unternehmen gibt es klare Vorstellungen darüber, wie moderne Verwaltung funktionieren sollte: Anträge für neue Industrieanlagen oder Glasfaserleitungen erfolgen über einen einheitlichen digitalen Zugangspunkt. Dabei unterstützt ein bundesweit funktional einheitliches Unternehmenskonto zur sicheren Kommunikation zwischen Unternehmen und Verwaltungen. Unterlagen müssen entsprechend des sogenannten Once-only-Prinzips nicht immer wieder neu eingereicht werden, weil die Verwaltung die Daten nutzt, die dort bereits vorliegen.

Die Mitglieder des IKT-Ausschusses diskutierten darüber bei ihrer Frühjahrssitzung mit Markus Richter, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern und für Heimat. Die DIHK setzt sich – unter anderem im Verfahren um das Update des Onlinezugangsgesetzes – dafür ein, dass grundlegende Bausteine für eine wirksame Digitalisierung der Verwaltung

endlich ernsthaft angegangen werden. Auch auf eine umfassende Registermodernisierung arbeitet die DIHK in den entscheidenden Steuerungsgremien hin.

IKT-Ausschuss: Sommertreff und Projektgruppe KI

Der diesjährige Sommertreff des IKT-Ausschusses in Magdeburg war ein besonderes Highlight. Im Mittelpunkt standen die Themen Künstliche Intelligenz und Verwaltungsdigitalisierung sowie ein intensiver Austausch zu diesen Themen mit Sachsen-Anhalts Digitalministerin Lydia Hüskens. Ein ständig präsent Thema im IKT-Ausschuss ist Künstliche Intelligenz. Aus den Reihen der Mitglieder gründete sich Anfang 2024 die Projektgruppe KI. Diese befasst sich mit Umsetzungsfragen rund um den AI Act sowie mit der Unterstützung von Unternehmen bei KI-Anwendungen. Ein zentrales Projekt ist die Erstellung einer KI-Use-Case-Sammlung, die KMUs bei der Identifikation und Umsetzung von KI-Anwendungsfällen unterstützt.



Markus Richter, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern und für Heimat, spricht vor dem DIHK-IKT-Ausschuss.



Torsten Wunderlich, Vorsitzender des DIHK-IKT-Ausschusses, Lydia Hüskens, Ministerin für Infrastruktur und Digitales des Landes Sachsen-Anhalt, und Johannes Bisping, Federführer für das Thema digitale Infrastrukturen im IKT-Ausschuss, beim IKT-Sommertreff in Magdeburg.



Klaus Müller, Präsident der Bundesnetzagentur, eröffnete die DIHK-Veranstaltung „Daten ohne Grenzen!“ mit einem Impulsvortrag.

Datenforum

Im November 2024 lud die DIHK unter dem Motto „Daten ohne Grenzen!“ zum Austausch rund um das Thema Datenökonomie ein. Dabei diskutierten Unternehmen, IHKs und Fachverbände mit Vertretern aus Ministerien und Politik, wie viel Regulierung die Datenökonomie braucht und wie die Unternehmen bei der Umsetzung der verschiedenen EU-Datenakten unterstützt werden können.

Nach einer Podiumsdiskussion zum Thema „KI-Verordnung, Data Act, DMA/DSA – Wie viel Regulierung verträgt die Da-

tenökonomie?“, bot ein Marktplatz mit vielen spannenden Ausstellern den Gästen „Daten zum Anfassen“, beispielsweise durch die Anwendung von E-Scootern, einen Live-Podcast und viele weitere technologische Innovationen.

Anschließend beleuchteten Experten aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft in vier themenspezifischen Breakout-Sessions die Themen Forschungsdaten, Gesundheitsdaten, Mobilitätsdaten sowie Künstliche Intelligenz und Daten.

Stronger Together: Mehr Resilienz durch Kooperationen

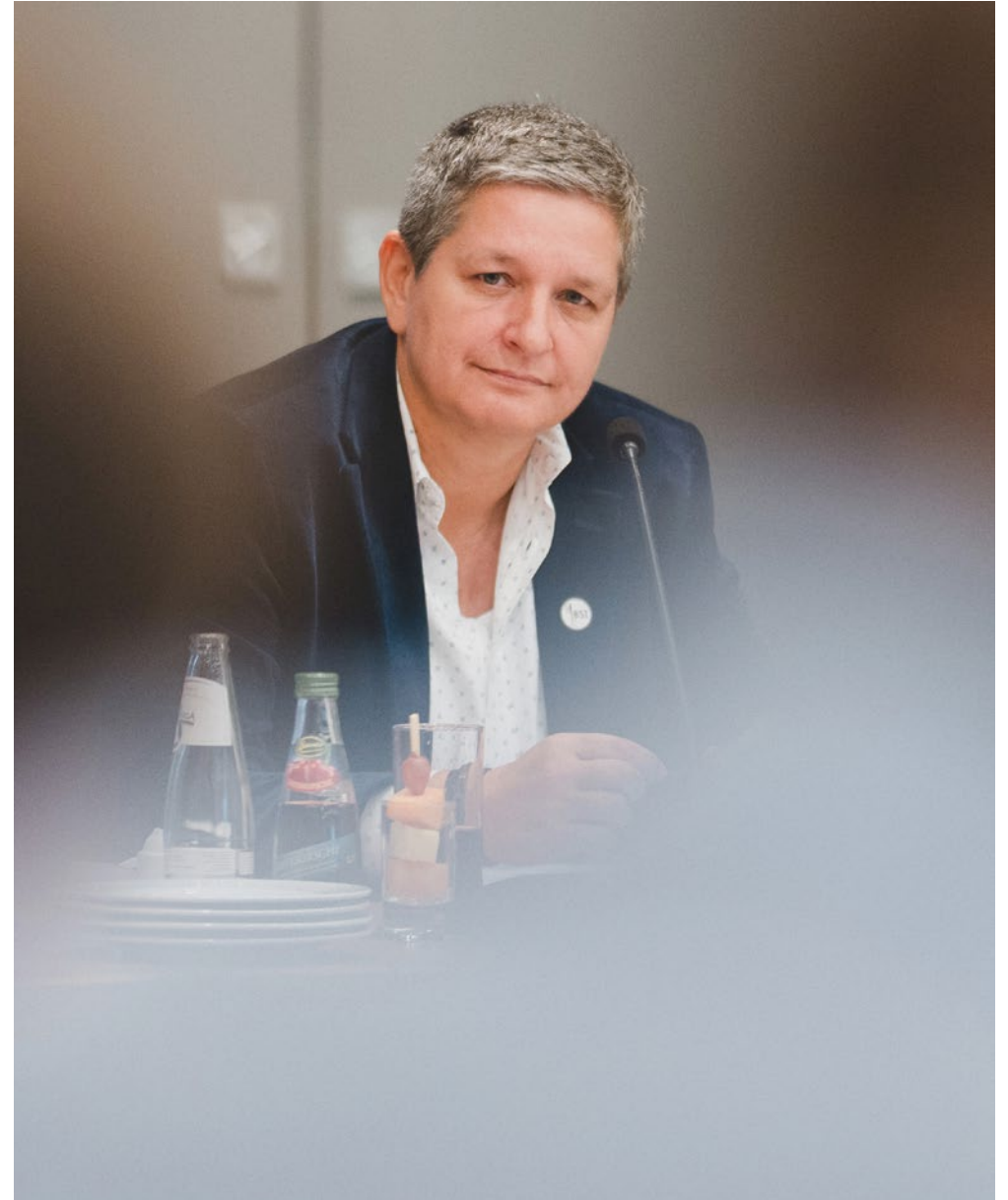
Im September 2024 lud die DIHK gemeinsam mit der Allianz für Cybersicherheit zum großen Cybersicherheitstag ins Haus der Deutschen Wirtschaft ein. Mehr als 300 interessierte Fachbesucher kamen zusammen. Sie tauschten sich darüber aus, wer welchen Beitrag leisten kann, um die Cyberresilienz in Deutschland zu stärken und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft durch Zusammenarbeit zu fördern. Darüber diskutierte DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben unter anderem mit der Präsidentin des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik, Claudia Plattner.



Die Teilnehmer des DIHK-Datenforums konnten beim Markt der Möglichkeiten Daten direkt „anfassen“.



Einander zuhören, Argumente austauschen, in Kontakt bleiben: Politische Gäste – wie hier die Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Ricarda Lang, bei der DIHK-Vollversammlung im März – sind im Haus der Deutschen Wirtschaft stets willkommen.



Mit Sicherheit ein wertvoller Austausch: BSI-Präsidentin Claudia Plattner sprach beim DIHK-Cybersicherheitstag unter dem Motto „Stronger Together“ über die Bedeutung von Cyberresilienz in der Wirtschaft.



Vernetzung von Wirtschaft, Politik und IHK-Organisation: Mit Veranstaltungen wie dem DIHK-Datenforum kann das gelingen. Hier im Bild: Die Digitalisierungsexpertin der IHK Berlin, Anna Borodenko.

Wirtschaftspolitischer Empfang in Brüssel von DIHK und ZDH zum Thema Wettbewerbsfähigkeit: Leiterin der DIHK Brüssel Freya Lemcke, DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben, Eurochambres-Vizepräsidentin Sibylle Thierer, Vorsitzender des Ausschusses für Internationalen Handel im EU-Parlament Bernd Lange, DIHK-Präsident Peter Adrian, DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier (v.l.n.r.).



Internationales

Wettbewerbsfähigkeit Europas

Die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Europa stand dieses Jahr in Brüssel besonders im Fokus. Die DIHK machte das Thema zum Leitthema im Vorfeld der Europawahlen und bei den Auftaktveranstaltungen und -gesprächen der neuen Legislatur. Die von der EU in diesem Kontext beauftragten Berichte von Enrico Letta und Mario Draghi für einen stärkeren EU-Binnenmarkt und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit bildeten die Grundlage für die Arbeit und Diskussionen des DIHK Board Europa sowie der DIHK-Fachausschüsse und IHK-Delegationen, die 2024 in Brüssel tagten. Beim wirtschaftspolitischen Empfang in Brüssel zum Beginn der neuen EU-Legislatur forderte DIHK-Präsident Peter Adrian von den teilnehmenden Vertretern der EU-Institutionen entschlossenes Handeln statt Sonntagsreden.

Europawahlen 2024

Für die Europawahlen hatte die IHK-Organisation einen umfassenden Aktionsplan ausgearbeitet und umgesetzt: Über 30 Veranstaltungen zur Wahl wurden von den IHKs in den Regionen organisiert, Unternehmensvertreter berichteten in mehreren Dutzend berufs- und allgemeinbildenden Schulen von ihrer Arbeit und klärten über die Bedeutung der EU für die Wirtschaft auf. Die Europawahlen waren Thema in so gut wie allen IHK-Magazinen - in Form von Interviews, Unternehmens-O-Tönen und Artikeln. Schließlich wurde auch eine organisationsweite Social-Media-Kampagne ins Leben gerufen. Daten und Fakten für die Kommunikation lieferte das IHK-Unternehmensbarometer 2024, das im März bei einem Pressegespräch in Berlin vorgestellt wurde. Fast 3.000 Unternehmen beteiligten sich an der Umfrage. Im Rahmen der Initiative „Wirtschaft für Europa“ verfasste die DIHK gemeinsam mit den anderen Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft Appelle zur Wahl.



Pressegespräch zum IHK-Unternehmensbarometer 2024 in Berlin: DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben, Leiterin der DIHK Brüssel Freya Lemcke, Eurochambres-Vizepräsidentin Sibylle Thierer (v.l.n.r.).

Eurochambres

Auch der Europäische Kammerdachverband Eurochambres setzte sich für Wettbewerbsfähigkeit ein: Anfang des Jahres lieferte die Eurochambres-Binnenmarktumfrage wichtigen Input für den Bericht von Enrico Letta. Eurochambres erarbeitete unter der Leitung des im Amt bestätigten Präsidenten Vladimír Dlouhý ein Manifesto zur Europawahl. Unmittelbar nach der Wahl zeigte das europäische

Kammernetzwerk Präsenz und vermittelte Botschaften direkt an politische Entscheider: Im Juni 2024 kamen Kammervertreter aus ganz Europa in Antwerpen beim Eurochambres Congress zusammen, um sich untereinander und mit den EU-Institutionen auszutauschen. Auch die IHK-Organisation war mit einer Delegation unter Leitung von Eurochambres-Vizepräsidentin Sibylle Thierer vor Ort vertreten.

18. Asien-Pazifik-Konferenz der Deutschen Wirtschaft

Rund 800 Vertreter aus Wirtschaft und Politik nahmen im Oktober in Neu-Delhi an der 18. Asien-Pazifik-Konferenz der Deutschen Wirtschaft (APK) unter dem Vorsitz von Bundesminister Robert Habeck und des Vorsitzenden des Asien-Pazifik-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft (APA), Roland Busch, teil. DIHK-Präsident Peter Adrian begrüßte die Teilnehmer im Namen der DIHK und des AHK-Netzwerkes in Asien-Pazifik, deren AHK Indien diesjähriger Gastgeber war. Behandelt wurden Themen rund um resiliente Lieferketten, Geoökonomie, KI sowie nachhaltige Finanzierung und Rohstoffe.

Die APK hat sich als bedeutendste Konferenz der deutschen Wirtschaft in der Asien-Pazifik-Region etabliert und nimmt jeweils wichtige Themen und das Engagement deutscher Unternehmen in den Fokus. Die Bedeutung Indiens als Partner für Deutschland unterstrichen die Deutsch-Indischen Regierungskonsultationen, die parallel zur APK stattfanden, sowie die Teilnahme von Bundeskanzler Scholz und Premierminister Modi an der diesjährigen APK.

5. German-African Business Summit (GABS) mit neuen Rekordmarken

Mehr als 900 Delegierte (GABS-Spitzenwert) aus Deutschland und aus über 30 afrikanischen Ländern informierten sich im Dezember 2024 auf dem GABS in Nairobi über Handels- und Investitionsprojekte in Afrika. Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, Kenias Premierminister Musalia Mudavadi und der digital zugeschaltete Thomas Schäfer, Vorsitzender der Sub Sahara-Afrika-Initiative der deutschen Wirtschaft (SAFRI), eröffneten die Konferenz. Bei den Panelveranstaltungen standen Themen wie Finanzierung, Energie, Fachkräftesicherung und Rohstoffe im Zentrum des Austausches. Knapp 20 Side Events, auch mit Start-ups und Female Empowerment, sowie 45 Informationsstände zeigten das weite Spektrum der deutsch-afrikanischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Der GABS 2024 bot den deutschen Unternehmen Gelegenheit, sich mit afrikanischen Partnern zu vernetzen sowie sich mit den AHK-Vertretern anderer afrikanischer Länder und Multiplikatoren auszutauschen.

Links: Bundeskanzler Olaf Scholz spricht zu den Teilnehmern der 18. Asien-Pazifik-Konferenz der Deutschen Wirtschaft in Neu-Delhi, Indien.

Rechte Seite: Das Banner „Wirtschaft für Europa“ im Haus der Deutschen Wirtschaft hat DIHK-Präsident Peter Adrian (2.v.r.) kurz vor einem Kanzlergespräch gemeinsam mit seinen Präsidentenkollegen Rainer Dulger (BDA), Siegfried Russwurm (BDI) und Jörg Dittrich (ZDH) gehisst (v.l.n.r.).







DIHK-Delegationsreise in die Ukraine im Juli 2024: Achim Dercks, stellvertretender DIHK-Hauptgeschäftsführer, Volker Treier, DIHK-Außenwirtschaftschef und Mitglied der DIHK-Hauptgeschäftsführung, Svitlana Grynchuk, stellvertretende Energieministerin der Ukraine, und Oliver Gierlichs, Präsident der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer (v.l.n.r).

Wiederaufbau Ukraine

Das 2024 eingerichtete DIHK-Kompetenzzentrum „Wiederaufbau Ukraine“ informierte die IHKs und ihre Mitglieder über aktuelle Entwicklungen in der Ukraine und öffentliche Ausschreibungen. Die Delegationsreise in die Ukraine unternahm DIHK-Vertreter und IHK-Hauptgeschäftsführer, um sich im Austausch mit Regierungsvertretern und Unternehmern ein Bild von der Lage vor Ort zu verschaffen.

Zahlreiche Ukraine-Wiederaufbaukonferenzen von IHKs und Landesregierungen dienten dem Wissenstransfer von DIHK und der AHK Ukraine. Die DIHK beteiligte sich zudem am Ukraine-Format der Außenwirtschaftskonferenz „GlobalConnect“, der Ukraine-Konferenz der Landesregierung NRW und organisierte die 7. Deutsch-Ukrainische Wirtschaftskonferenz im Haus der Deutschen Wirtschaft

mit rund 500 Gästen aus Politik und Wirtschaft. Im Zentrum standen der Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, der Energiesektor und die Entwicklung von Sicherheit. Bundeskanzler Olaf Scholz und der ukrainische Premierminister Denys Schmyhal eröffneten die Konferenz.



Tauschten sich auf dem 7. Deutsch-Ukrainischen Wirtschaftsforum im Haus der Deutschen Wirtschaft aus:
DIHK-Präsident Peter Adrian, Bundeskanzler Olaf Scholz, ukrainischer Premierminister Denys Schmyhal (v.l.n.r).

2. Deutsch-Türkische Wiederaufbaukonferenz

Im November 2024 diskutierten mehr als 130 Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Hilfsorganisationen in Gaziantep wirtschaftliche Optionen für eine nachhaltige Zukunft für die vom Erdbeben betroffenen Region. Die Konferenz knüpfte an die erste Wiederaufbaukonferenz im Juli 2023 im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin an.

Bei Besuchen in Islahiye, Iskenderun, Kırıkhan und Antakya erhielt eine deutsche Delegation aus Unternehmern und IHK-Vertretern zudem Einblicke in die teils dramatischen Herausforderungen für die Menschen als Folge der Zerstörung der verheerenden Erdbeben vom 6. Februar 2023. Die Veranstaltung wurde von DIHK, TOBB (Union der Kammern und Börsen der Türkei), AHK Türkei und TD-IHK (Türkisch-Deutsche Industrie- und Handelskammer) organisiert.

Zehn Jahre „Berlinprozess“

Unter der Überschrift „Der westliche Balkan als Wirtschaftsraum auf dem Weg in die EU – 10 Jahre Berliner Prozess“ luden BMWK, DIHK, die AHKs der Region, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und das Western Balkan 6 Chambers Investmentforum ein. Rund 250 Wirtschaftsvertreter diskutierten mit den Wirtschaftsministern aus Südosteuropa die aktuellen Herausforderungen und Fortschritte der Zusammenarbeit.

20 Jahre EU-Erweiterung aus Sicht der deutschen Wirtschaft

Am 1. Mai 2004 fand mit dem Beitritt von zehn neuen Mitgliedern die EU-Osterweiterung statt. Zur Feier dieses wichtigen Jubiläums führten DIHK, Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und BDI die Wirtschaftskonferenz „20 Jahre EU-Erweiterung aus Sicht der deutschen Wirtschaft: Eine Erfolgsgeschichte für die Zukunft“ durch. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck sowie Experten aus Politik, Wirtschaft und Forschung sprachen mit rund 200 Gästen über die wirtschaftliche Bedeutung dieser Erfolgsgeschichte.



Deutsch-Türkische Wiederaufbaukonferenz in Gaziantep: Volker Treier, DIHK-Außenwirtschaftschef und Mitglied der DIHK-Hauptgeschäftsführung, Kemal Çeber, Gouverneur der Region Gaziantep, Sybille Katharina Sorg, Botschafterin Deutschlands in der Türkei, Mehmet Tuncay Yildirim, Präsident der Handelskammer Gaziantep und Vorstandsmitglied von TOBB (v.l.n.r.).



DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben begrüßt zusammen mit der Geschäftsführerin der AHK Slowenien, Dagmar von Bohnstein, den Gast Matevž Frangež, Staatssekretär im slowenischen Ministerium für Wirtschaft, Tourismus und Sport.

Außerdem wurde über die Perspektiven künftiger Beitrittskandidaten sowie die aktuellen Herausforderungen eines gemeinsamen Europas diskutiert.

Fokus transatlantische Handelsbeziehungen

Im Jahr 2024 standen die USA wie kein anderes Land im Fokus der deutschen Außenwirtschaft. Die Einführung neuer Handelsbeschränkungen gegenüber China führte bei vielen Unternehmen zu Sorgen über einen neuen Handelskonflikt. Gleichzeitig überholten die USA China 2024 als wichtigsten Handelspartner Deutschlands. Auch die Präsidentschaftswahl in den USA wurde von der DIHK mit

Blick auf ihre Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft intensiv begleitet. Aus diesem Grund fanden zahlreiche Veranstaltungen, Fachvorträge, Podiumsdiskussionen und Reisen mit Fokus auf die USA statt.

Im März reiste DIHK-Vizepräsidentin Kirsten Schoder-Steinmüller im Rahmen einer Delegation der Transatlantic Business Initiative (TBI) in die USA. Während der viertägigen Reise trafen die Teilnehmer Vertreter der US-Regierung und von Think Tanks und politischen Organisationen. Darüber hinaus nahmen sie an einem Abendessen mit dem deutschen Vizekanzler Robert Habeck in der Residenz des deutschen Botschafters teil. Zum Start der heißen Phase

des US-Wahlkampfs reiste der stellvertretende DIHK-Hauptgeschäftsführer Achim Dercks im September 2024 nach Washington, D.C. Auf der Agenda standen zahlreiche Termine, unter anderem mit US-Ministerien, deutschen Partnern sowie der Wirtschaft. Bei der Konferenz „Investing in Friendship“ wurde insbesondere die Rolle der deutschen Auslandsinvestitionen diskutiert. Deutschland ist der drittgrößte Direktinvestor in den USA. Auch in die andere Richtung sind die Verflechtungen eng. Daher ist es wichtig, auch unter einer neuen US-Regierung mit einer offenen Handelsagenda die guten bilateralen Beziehungen zu stärken. Im November kurz nach der US-Wahl diskutierte DIHK-Bereichsleiterin Melanie Vogelbach auf der German American Conference der Harvard Universität über die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen in einer Zeit geökonomischer Veränderungen.

Um die Ergebnisse der US-Wahl für die deutsche Wirtschaft einzuordnen, organisierte die DIHK gemeinsam mit Politico und anderen Partnern im November 2024 einen Frühstücksempfang mit zahlreichen Gästen aus Wirtschaft, Politik, Diplomatie, Medien, Wissenschaft und Gesellschaft. Ziel war es, die wirtschaftspolitischen, sicherheitspolitischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Wahlnacht zu diskutieren. Herzstück der Veranstaltung waren moderierte Gespräche unter der Überschrift „Was nun?“ mit hochkarätigen Sprechern aus Politik und Wirtschaft.

Bettina Stark-Watzinger, MdB, diskutiert mit zahlreichen anderen hochkarätigen Gästen aus Politik und Wirtschaft den Ausgang der US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen.



Handelspolitik 2024 – Märkte öffnen, Lieferketten diversifizieren

Was brauchen deutsche Unternehmen, um fit für den Handel von morgen zu sein und sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten? Vor allem offene Märkte und faire Wettbewerbsbedingungen. Die DIHK hat sich im vergangenen Jahr intensiv dafür eingesetzt.

In ihren „Leitlinien für die internationale Handelspolitik“ plädierte die DIHK im Vorfeld der Europawahl für ein resilientes, aber gleichzeitig wirtschaftspolitisch offenes Europa. Das Präsidiumspapier wurde prominent im Bundestag und im Europaparlament vorgestellt und medial begleitet. Mit ihren Aktivitäten setzte sich die DIHK dafür ein, Unternehmen beim Ausbau ihrer Wettbewerbsposition auf den Weltmärkten zu unterstützen, Protektionismus entgegenzutreten, Lieferketten durch multilaterale Regeln abzusichern und EU-Wirtschaftsinteressen souveräner zu vertreten. Dieses Bestreben verdeutlichte sie auf zahlreichen Veranstaltungen, wie auf der Hannover Messe, wo die Herausforderungen und Chancen der EU-Handelspolitik unter den sich zuspitzenden geopolitischen Rahmenbedingungen diskutiert wurden.

Außerdem setzte sich die DIHK kontinuierlich in persönlichen Gesprächen, mit Stellungnahmen, auf Veranstaltungen und in diversen Medien für geplante Handelsabkommen der EU ein, vor allem mit dem Mercosur, Indien und Indonesien. Diese Abkommen würden Handels- und Investitionshemmnisse beseitigen und Unternehmen ermöglichen, ihre Lieferketten weiter zu diversifizieren. Ein bedeutender Meilenstein für die EU-Handelspolitik wurde im Dezember erreicht, als EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen den Abschluss der Verhandlungen über das EU-Mercosur-Abkommen verkündete.

Des Weiteren brachte sich die DIHK kontinuierlich in die Diskussion über Handelsschutzinstrumente ein, beispielsweise bei den Ausgleichszöllen auf E-Autos aus China. Sie betonte stets, dass die Europäische Union Wettbewerbsverzerrungen konsequent angehen sollte, Schutzzölle jedoch als letztes Mittel gezielt und verhältnismäßig einsetzen sollte. Eine Zollspirale zwischen Handelspartnern sollte unbedingt vermieden werden.



DIHK-Bereichsleiterin Melanie Vogelbach setzt sich für offene Märkte und faire Wettbewerbsbedingungen ein – damit sich deutsche Unternehmen auch weiterhin auf internationaler Ebene behaupten können.

Nachhaltigkeit in der Außenwirtschaft

Nachhaltigkeit war auch in der Außenwirtschaft eines der dominierenden Themen des Jahres. Unternehmen sehen sich mit einer Vielzahl von Sorgfalts- und Dokumentationspflichten im Bereich Due Diligence auf nationaler und EU-Ebene konfrontiert – von dem deutschen und europäischen Lieferkettengesetz (CSDDD) über den Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM), das Verbot von Produkten aus Zwangsarbeit bis hin zur Verordnung für entwaldungsfreie Lieferketten (EUDR).

In diesem Zusammenhang hat sich die DIHK mit Stellungnahmen für eine verhältnismäßige, praxistaugliche und rechts-sichere Ausgestaltung der Gesetzesinitiativen eingesetzt. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Vermeidung doppelter Berichtspflichten und dem Abbau unnötiger Bürokratie. Zudem wurden zahlreiche Informations- und Austauschformate für IHKs und Unternehmen angeboten, um den betroffenen Akteuren gezielte Unterstützung zu bieten.

Außenwirtschaftsrecht: Unterstützung und Einflussnahme in Sanktionsfragen

Auch 2024 stand die DIHK den Unternehmen im Umgang mit den EU-Sanktionen insbesondere gegen Russland beratend zur Seite und unterstützte die Klärung wesentlicher Fragen mit Politik und Behörden. Ein besonderer Schwerpunkt lag dabei auf den Herausforderungen, die sich aus der Anwendung der No-Russia-Klausel im Rahmen des 14. Sanktionspakets ergaben. Die Re-Exportklausel, die Sanktionsumgehungen über Drittländer verhindern soll, verursachte große Unsicherheiten und hohen administrativen Aufwand für die Unternehmen. Vor diesem Hintergrund setzte sich die DIHK gegenüber Bundesministerien und der Europäischen Kommission wiederholt für Anpassungen und eine sorgfältige Wirkungsanalyse ein.

Dadurch konnte die DIHK wesentliche Erleichterungen für Unternehmen erzielen. Die Europäische Kommission kündigte eine Evaluierung der No-Russia-Klausel an, die das Verhältnis von Aufwand und Wirkung überprüfen soll – dafür

hatte sich die DIHK stark eingesetzt. Auch eine ursprünglich geplante Ausweitung der Klausel auf Tochterunternehmen in Drittstaaten konnte abgewendet werden, um zusätzliche Belastungen der Unternehmen zu vermeiden. Darüber hinaus setzte sich die DIHK erfolgreich für die Aufnahme weiterer Partnerländer in die Russland-Sanktionen der EU ein. Eine weitere wichtige Klärung betraf die öffentliche Auftragsvergabe: Das 14. Sanktionspaket stellt nun explizit klar, dass die No-Russia-Klausel nicht für öffentliche Aufträge gilt, die mit Behörden in Drittländern oder internationalen Organisationen abgeschlossen werden.

Carnet: Der „Reisepass“ für Waren wird (schrittweise) digital

Auch im Jahr 2024 hat die DIHK den Digitalisierungsprozess im Carnet-Zollverfahren weiter vorangetrieben. Mittlerweile ist die elektronische Carnet-Antragstellung Standard in 71 IHKs.

Gemeinsam mit der Internationalen Handelskammer (ICC) strebt die DIHK die vollständige Digitalisierung des Carnet ATA an, was von Weltzollorganisation und EU-Kommission unterstützt wird. In Zukunft soll es beispielsweise nicht mehr nötig sein, das Carnet zur Vorlage beim Zollamt in Papierform bei der IHK abzuholen. Stattdessen soll es einen QR-Code geben, der vom Zoll elektronisch abgelesen wird – ganz ohne Papier.

In einer Pilotphase testen bereits vier deutsche IHKs die digitale Carnet-Abfertigung und arbeiten in Projektgruppen gemeinsam mit „ihrem Zoll“ und ausgewählten Carnet-Inhabern.

Deutsch-Chilenisches Wirtschaftsforum in Berlin

Chile ist für deutsche Unternehmen wegen seiner Rohstoffe und seines Potenzials für den Ausbau von erneuerbaren Energien sowie als potenzieller Lieferant von grünem Wasserstoff und Lithium ein strategisch wichtiger Partner in Lateinamerika.

Beim Besuch des Präsidenten der Republik Chile, S.E. Gabriel Boric, veranstaltete die von der DIHK koordinierte

Lateinamerika-Initiative der Deutschen Wirtschaft (LAI) mit der AHK Chile und chilenischen Partnern im Juni 2024 ein Deutsch-Chilenisches Wirtschaftsforum. Die Begrüßung übernahm der LAI-Vorsitzende Ingo Kramer. Der chilenische Präsident diskutierte die Potenziale seines Landes und BMWK-Staatssekretärin Franziska Brantner betonte die Bedeutung Chiles für die deutsche Rohstoffversorgung. Die Business Roundtables „Saubere Energie“ und „Kritische Rohstoffe“ wurden von den chilenischen Ministern Diego Pardow (Energie) und Nicolás Grau (Wirtschaft) geleitet. Die AHK Chile war mit einer Unternehmerdelegation vertreten. Sie unterzeichnete Kooperationsvereinbarungen zu den Themen Aus- und Weiterbildung.

B20-Gipfel in São Paulo

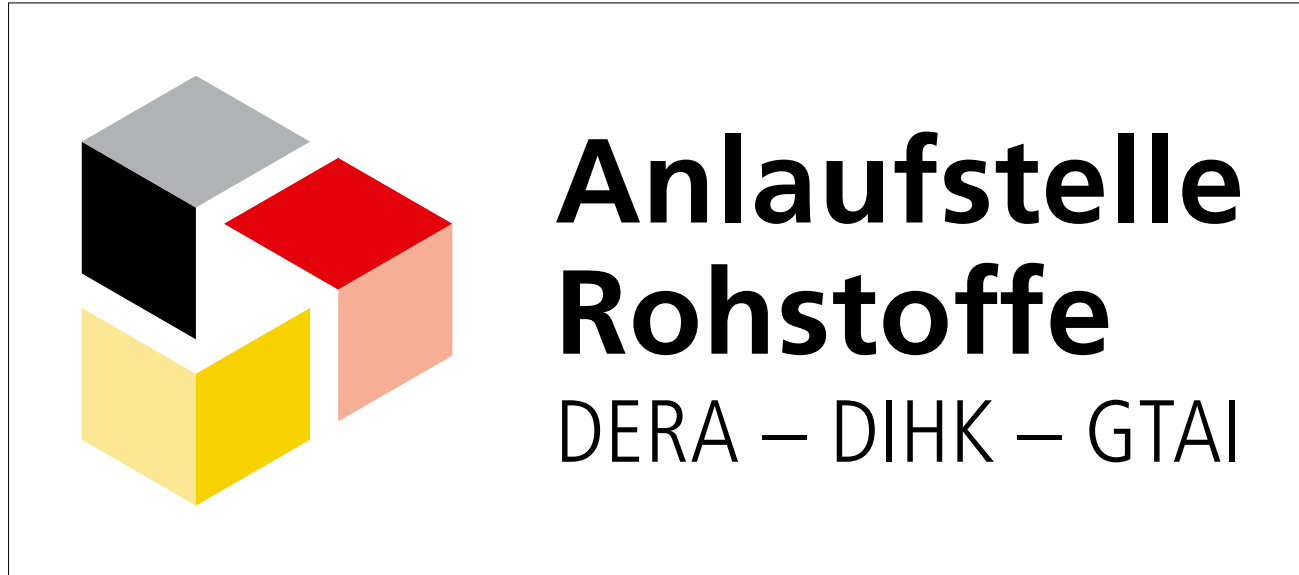
Im Rahmen der brasilianischen G20-Präsidentschaft hat sich die DIHK aktiv am Business20-Prozess beteiligt. Neben der fachlichen Mitarbeit in relevanten Task-Forces war die DIHK gemeinsam mit der AHK beim B20-Gipfel im Oktober in São Paulo präsent.

Angesichts geopolitischer Spannungen gewinnen neben Brasilien auch andere lateinamerikanische Länder für die deutsche Wirtschaft zunehmend an Bedeutung. Die Region bietet zahlreiche Chancen – von der Rohstoffgewinnung bis hin zur Entwicklung neuer industrieller Infrastrukturen. Unter dem Motto „Inclusive growth for a sustainable future“ spiegelten sich im Gipfelprogramm die Ziele wider, die Brasiliens Präsident Lula für den G20-Prozess der Staats- und Regierungschefs formuliert hatte: die Bekämpfung sozialer Ungleichheiten und die Stärkung der Länder des globalen Südens.

Im Zentrum der Diskussionen standen Themen wie die Resilienz globaler Wertschöpfungsketten, faire Transformation, Bildung, Diversität und Künstliche Intelligenz. Im B20-Prozess vertritt die DIHK gemeinsam mit dem BDI die Interessen der deutschen Wirtschaft auf der globalen Bühne. Die Präsenz bei diesen internationalen Formaten soll auch dazu beitragen, den Unternehmen in Deutschland und Europa in einer geopolitisch komplexen Welt eine starke Stimme zu geben.



Lateinamerika gewinnt auch aufgrund der zunehmenden geopolitischen Spannungen für die deutsche Wirtschaft an Bedeutung, das wissen auch die DIHK-Expertinnen Olga van Zijverden und Melanie Vogelbach sowie Barbara Konner, Hauptgeschäftsführerin der AHK Brasilien São Paulo.



Die Anlaufstelle als Türöffner zum weltweiten Rohstoffnetzwerk.

Rohstoffsicherung – DIHK unterstützt Wirtschaft

Deutsche Unternehmen sind auf mineralische Rohstoffe aus dem Ausland angewiesen, gerade auch für Zukunftstechnologien und die Energiewende. Die deutsche Wirtschaft muss sich dabei auf einem umkämpften und umworbenen Markt behaupten.

Seit 2024 koordiniert die DIHK das „German Mining and Resources Network“ und arbeitet eng mit der Deutschen Rohstoffagentur (DERA) und weiteren Verbänden zusammen. Dabei können die Partner auf ein globales Netz in rohstoffreichen Ländern, acht Rohstoffkompetenzzentren in den AHKs – von Kanada bis nach Australien – sowie den Deutsch-Mongolischen Unternehmerverband zurückgreifen. Der Fokus des Netzwerks wird neben der Förderung des Exports von Bergbautechnologie auf Rohstoffversorgung und Kreislaufwirtschaft erweitert. Für Unternehmen hat die DIHK mit der DERA und Germany Trade & Invest (GTAI) die Anlaufstelle Rohstoffe gegründet.

Die Lieferketten bei der Förderung und Verarbeitung von Rohstoffen war eines der Themen beim Roundtable mit dem BMWK und Anbietern, Abnehmern, Weiterverarbeitern und Finanzierern. Das Treffen gab den Startschuss für eine systematische Analyse der gesamten Wertschöpfungskette von zentralen kritischen Rohstoffen mit dem Ziel, Lösungen zu finden – etwa durch das Schließen von Finanzierungslücken und Pooling bei Projekten.

Delegationsreise nach Singapur und Thailand

Im Januar 2024 reiste eine 15-köpfige Delegation unter der Leitung von DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben mit DIHK-Vizepräsidentin Kirsten Schoder-Steinmüller, GTAI-Geschäftsführerin Julia Braune, BMWK-Ministerialrätin Kristina Heußner sowie Präsidenten und Hauptgeschäftsführern der IHKs nach Singapur und Thailand. Die AHK Singapur feierte dieses Jahr ihr 20-jähriges Jubiläum.

Das Delegationsprogramm setzte sich aus Treffen mit hochrangigen Wirtschafts- und Politikvertretern beider Länder und Besuchen bei Unternehmen unter anderem aus der Halbleiter-, Automobil- und Pharmaindustrie zusammen. Die Vielzahl an unterschiedlichen Terminen ermöglichte den Delegationsteilnehmern einen Einblick in die Marktentwicklungen der Region und diente als Plattform, um sich über die Diversifizierungsmöglichkeiten in Asien zu informieren.

Welthandel und Weltwandel

2024 beschäftigte sich der DIHK-Außenwirtschaftsausschuss im Jahr der Europawahlen mit der Zukunft Europas in der Welt sowie den Chancen und Herausforderungen der europäischen Handelspolitik angesichts globaler Krisen. Ein weiteres zentrales Thema waren die Auswirkungen der US-Wahlen auf die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen. Während der Sitzungen gab es einen wertvollen Austausch mit Andrea Sasse, Generalkonsulin in Los Angeles, und Christoph Schemioneck, Leiter der Delegation der Deutschen Wirtschaft in Washington. Auch die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen standen im Mittelpunkt der Sitzungen, wobei Expertinnen und Experten wie Janka Oertel vom European Council on Foreign Relations und Hans-Peter Friedrich, Vorsitzender der Deutsch-Chinesischen Parlamentariergruppe, über die China-Strategie der Bundesregierung und aktuelle Entwicklungen beispielsweise bei den Ausgleichszöllen auf Elektroautos diskutierten.

Delegationsreise nach Taipeh und Peking

Anlässlich des „Taiwan-Germany Joint Business Councils“ und den „AHK Greater China Xceleration Days“ reiste eine Delegation aus IHK-Ehren- und Hauptamt unter Leitung der Bereichsleiterin Internationale Märkte, Nicole Renvert, nach Taipeh und Peking. Die Teilnehmer hatten Gelegenheit, Herausforderungen und Geschäftschancen vor Ort auszuloten und Kontakte für neue Geschäftsmöglichkeiten ihrer Mitglieder zu knüpfen.

AHK-Jubiläen 2024 – herzlichen Glückwunsch!

Die DIHK konnte dieses Jahr bei wichtigen AHK-Jubiläen im weltweiten Netzwerk vor Ort vertreten sein. Herzlichen Glückwunsch an die Kolleginnen und Kollegen der Deutsch-Belgisch-Luxemburgischen Handelskammer, AHK debelux (130 Jahre), der Deutsch-Griechischen Industrie- und Handelskammer, AHK Griechenland (100 Jahre), der



DIHK-Präsident Peter Adrian begrüßt die Gäste beim Festakt zum 130-jährigen Jubiläum der Deutsch-Belgisch-Luxemburgischen Handelskammer in Brüssel.

Deutsch-Portugiesischen Industrie- und Handelskammer, AHK Portugal (70 Jahre), der Deutsch-Tunesischen Industrie- und Handelskammer, AHK Tunesien (45 Jahre), der Deutsch-Türkischen Industrie- und Handelskammer, AHK Türkei (30 Jahre) sowie der Deutsch-Singapurischen Industrie- und Handelskammer, AHK Singapur (20 Jahre).

Besuche von AHK-Vorständen 2024 – willkommen in Berlin!

Die AHKs sind mit ihren Vorständen willkommene Gäste in der DIHK und im politischen Berlin. Dieses Jahr waren es Besuche vom Vorstand der Deutsch-Algerischen Industrie- und Handelskammer (AHK Algerien) im Januar, der Deutsch-Arabischen Industrie- und Handelskammer (AHK Ägypten) im Februar, der Deutsch-Emiratischen Industrie- und Handelskammer (AHK VAE) im April, der Deutsch-Baltischen Handelskammer in Estland, Lettland, Litauen (AHK Baltikum) im September sowie der Deutschen Handelskammer für Spanien im November 2024.



Freuten sich über 20 Jahre Deutsch-Singapurische Industrie- und Handelskammer: AHK-Geschäftsführer Tim Philippi, AHK-Präsidentin Shirley Qi, DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben, DIHK-Vizepräsidentin Kirsten Schoder-Steinmüller, Botschafter Norbert Riedel (v.l.n.r.).



INTERNATIONALES



45-jähriges Jubiläum der Deutsch-Tunesischen Industrie- und Handelskammer in Tunis.

Linke Seite: Volker Treier, DIHK-Außenwirtschaftschef und Mitglied der DIHK-Hauptgeschäftsführung, hebt die Bedeutung der deutsch-türkischen Handelsbeziehungen hervor.

Regionale Veranstaltung in Budva, Montenegro: Muela Ibrahimi, Direktorin der Abteilung für strategische Kommunikation und Wirtschaftsanalyse der Handelskammer Kosovo, Marko Radulovic, Generaldirektor von Alcazar Energy Montenegro, Marko Škuletic, Geschäftsführer von Gray International, Montenegro (v.l.n.r.).



Bei der von DIHK, DIS und HU Berlin ausgerichteten internationalen Konferenz „The Rule of Law and the Future of Investment Protection“: Keynote speaker Prof. Andrea Bjorklund, McGill University, Montreal, wird von Prof. Stephan Wernicke, DIHK, begrüßt.



Recht

DIHK-Umfrage zu Binnenmarkthindernissen 2024 veröffentlicht

Im April hat die DIHK die Ergebnisse ihrer Befragung der 79 IHKs sowie der AHKs in den EU-Mitgliedstaaten zu den Erfahrungen mit Hindernissen im EU-Binnenmarkt für Dienstleistungen, Waren und Investitionen veröffentlicht: Noch immer sind grenzüberschreitend tätige Unternehmen danach vielfältigen Barrieren und Hindernissen ausgesetzt. Berichtet wird vor allem von unverhältnismäßigen bürokratischen Lasten, von einer hohen Regulierungsdichte und rechtlichen Unsicherheiten, die besonders kleine und mittelgroße Unternehmen belasten. Wichtig ist daher: Der Binnenmarkt muss vollendet und sein marktwirtschaftlicher Kern bewahrt werden. Grundlegende Reformen stehen auf der Tagesordnung der EU, damit der Binnenmarkt zur Wettbewerbsfähigkeit Europas beitragen kann.

Sitzung des Rechtsausschusses mit Bundesminister Buschmann

Der Bundesminister der Justiz, Marco Buschmann, gab den Auftakt zur Debatte der Mitglieder des DIHK-Ausschusses über aktuelle rechtspolitische Themen. Kraft, Kreativität und Mut im Unternehmertum seien auch die Ziele der Rechtspolitik. Buschmann plädierte für einen entschlossenen Kampf gegen das Regulierungsdickicht und einen größeren Vertrauensvorschuss des Staates gegenüber den Bürgern.

Ausschussmitglied Daniel Halft warb in seinem Vortrag zur KI-Revolution in der Rechtspraxis für Offenheit und Vertrauen im Umgang mit KI-Anwendungen: Zwar würden Juristen zunächst eher selten durch KI ersetzt, aber Juristen ohne KI-Kennntnis durch solche mit KI-Kennntnis. Sein Appell an die Ausschussmitglieder: „Lernen, experimentieren, austauschen und umsetzen!“

Weitere zentrale Themen waren die Ergebnisse der DSGVO-Umfrage, die geplante EU-Zahlungsverzugsverordnung, die Ergebnisse der DIHK-Binnenmarktumfrage, die Ausgestaltung eines Schiedsgerichtshofs bei der DIHK sowie die aktualisierten wirtschaftsrechtspolitischen Positionen der IHK-Organisation.

www.schiedsgerichtshof.de: effiziente, digitale und internationale Streitlösung

Im November 2024 hat der neue Schiedsgerichtshof bei der DIHK (SGH) seine Tätigkeit aufgenommen. Der im IHK-Gesetz verankerte SGH ermöglicht es den Unternehmen, in Deutschland wie international, Konflikte außerhalb staatlicher Gerichte auf Deutsch oder Englisch verbindlich und vertraulich zu lösen. Seit dem Gründungsbeschluss der DIHK-Vollversammlung 2023 hat die DIHK die technische und rechtliche Infrastruktur für den SGH aufgebaut. Eine zentrale Innovation des SGH ist die volldigitale Verfahrensmanagementplattform, die eine schnelle und effiziente Verfahrensabwicklung sicherstellt. IHKs und auch AHKs weltweit können ihre Schiedsverfahren direkt an den SGH in Berlin übertragen, sofern sie nicht eigene Einrichtungen vorhalten. Die Schiedssprüche sind international vollstreckbar.

Mit seiner Arbeit unterstützt der SGH die IHK-Angebote zur außergerichtlichen Streitbeilegung und stärkt Deutschland als Standort für wirtschaftsnahe, kosteneffiziente und schnelle Konfliktlösungen im Interesse der gewerblichen Wirtschaft. Der SGH füllt damit eine Lücke in der deutschen Streitbeilegung und erweitert die Möglichkeiten der IHKs, die Mitgliedsunternehmen gezielt bei der Konfliktlösung zu unterstützen. Die Entwicklung des SGH wurde vom Ausschuss für alternative Konfliktlösung, der dem SGH angegliedert ist, maßgeblich begleitet und gestaltet.

„The Rule of Law and the Future of Investment Protection“

Ausländische Direktinvestitionen sind ein tragender Pfeiler der Weltwirtschaft. Doch seit einigen Jahren befinden sich die Zahlen im Abwärtstrend. Korrelierend aus rechtlicher Perspektive steht dazu die Krise des Investitionsschutzes. Weltweit – und insbesondere in Europa – werden die Möglichkeiten des Investitionsschutzes immer weiter zurückgedrängt. Über die Auswirkungen, Trends und die Zukunft des Investitionsschutzes diskutierten im Haus der Deutschen Wirtschaft deshalb bei einer gemeinsamen, internationalen Konferenz von DIHK, Deutscher Institution für Schiedsgerichtsbarkeit (DIS) und Humboldt Universität (HU) gut 120 Teilnehmer mit Vertretern aus Politik und EU-Kommission.

Datenschutz: Unternehmen beklagen unverändert große Rechtsunsicherheit

Die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) wurde 2024 von der EU-Kommission einer grundlegenden Evaluierung unterzogen. Dies hat die DIHK zum Anlass genommen, um mit Unterstützung der IHKs eine Umfrage bei Unternehmen über Branchen und Größenordnungen hinweg durchzuführen. Diese Umfrage mit über 4.900 Unternehmen zeigt bestürzend, dass auch nach sechs Jahren die DSGVO einer der größten Bürokratietreiber für deutsche Betriebe bleibt. Über drei Viertel der Unternehmen haben weiterhin „hohen bis extremen“ Aufwand mit der Umsetzung – und das über alle Unternehmensgrößen hinweg. Nötig sind daher unverändert Erleichterungen bezüglich der Dokumentations-, Informations- und Nachweispflichten. Auch sollte der risikobasierte Ansatz vermehrt beachtet werden, um Rechtsrisiken in der Schadenersatzhaftung zu minimieren.



Bundesjustizminister Marco Buschmann in der Diskussion mit den Mitgliedern des DIHK-Rechtsausschuss.

DIHK-Datenschutzexpertin Kei-Lin Ting-Winarto informiert bei einem Gespräch mit der Hauptstadtresse über die Bedenken der Unternehmen in Punkto DSGVO.





Auch die Biodiversität hat eine eigene Konferenz:
Das jährliche Dialogforum von UBi – die nationale
Jahreskonferenz für Biodiversität in der Wirtschaft.
Mit dabei als Rednerin Sofie Geisel, die Geschäftsführerin
der DIHK Service GmbH, im Praxisworkshop „KMU &
Biodiversität: Wo anfangen?“

Energie, Umwelt, Klima

Regionale Bündnisse für Biodiversität wachsen

Sich regional und branchenübergreifend vernetzen und ins Handeln kommen – darum geht es in den regionalen Bündnissen für Biodiversität, die im Schulterschluss von IHK und DIHK Service GmbH deutschlandweit initiiert werden und im Projekt „Unternehmen Biologische Vielfalt“ (UBi) angesiedelt sind. So blickt das Projekt-Team in diesem Jahr auf drei Bündnisgründungen zurück. Den Startschuss gab die IHK Berlin im Frühling, es folgte die IHK für Ostfriesland und Papenburg im Sommer und schließlich die IHK Mittlerer Niederrhein im Winter. Das UBi-Team organisiert Betriebsbesichtigungen, Coachings zur Nachhaltigkeitsberichterstattung und Webinare zu Fördermöglichkeiten im Bereich des natürlichen Klima-

schutzes. Über 60 Unternehmen haben sich den Bündnissen angeschlossen. Das jährliche UBi-Dialogforum in Berlin, die Konferenz für Wirtschaft und Biodiversität, war mit über 300 Teilnehmern so gut besucht wie nie zuvor.

IHK-Energiewende-Barometer

Mit dem IHK-Energiewende-Barometer 2024 wurde zum zwölften Mal die kritische Stimme der Unternehmen zur Energiepolitik hörbar gemacht. Gut 3.300 Unternehmen hatten sich beteiligt. Hohe Preise und fehlende Planbarkeit der Energieversorgung kristallisierten sich für die Unternehmen am Standort Deutschland als großes Produktions- und Investitionshemmnis heraus. Der Abwanderungstrend bei den Industrieunternehmen verfestigte sich: Im Frühsommer erwogen vier von zehn Industriebetrieben, ihre Produktion am Standort Deutschland wegen der Energiesituation einzuschränken oder ins Ausland zu verlagern. Bei den Industrieunternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern dachten sogar mehr als die Hälfte darüber nach. „Das Vertrauen der deutschen Wirtschaft in die Energiepolitik ist stark beschädigt“, fasste der stellvertretende DIHK-Hauptgeschäftsführer Achim Dercks die Ergebnisse zusammen.

Energieeffizienzgesetz – Frust statt Leidenschaft für den betrieblichen Klimaschutz

Das neue Energieeffizienzgesetz brachte in der Wirtschaft vor allem Frust: Unklare und praxisferne Regelungen, unhaltbare, aber bußgeldbewehrte Fristen, vor allem aber viel neue Bürokratie hinterließen nicht nur Fragezeichen bei den Betrieben, sondern entwickelten sich zu einem echten Stimmungsdämpfer des betrieblichen Klimaschutzes. In zahlreichen Abstimmungsrunden mit Ministerium und Vollzugsbehörde konnte die DIHK im Laufe des Jahres 2024 zwar einige Unwägbarkeiten heilen. Ein möglicher größerer Wurf

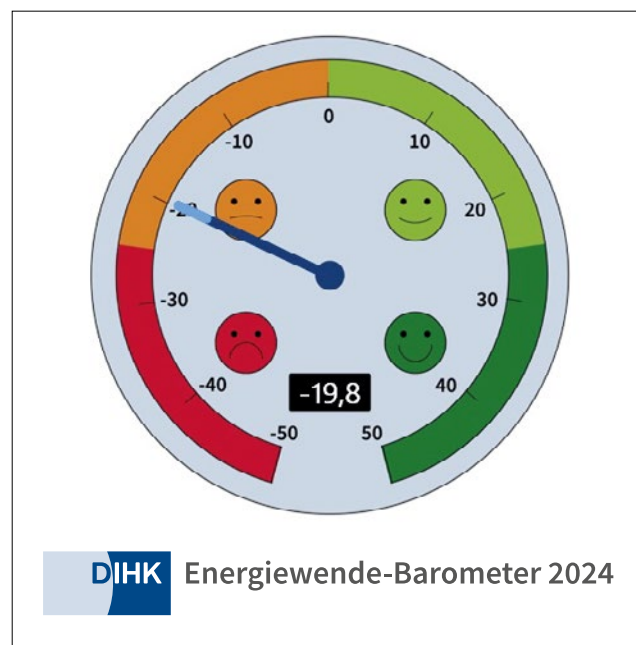
mit der geplanten Novellierung der Effizienzgesetzgebung, ist dann durch das Ende der Regierungskoalition aber im parlamentarischen Verfahren stecken geblieben.

Studie zur EU-Klimapolitik zeigt überambitionierte Ziele

Um die Klimapolitik insgesamt auf den Prüfstand zu stellen, haben die DIHK und der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) am 1. Oktober eine Studie zum EU-Klimaziel 2024 vorgestellt: „Mögliche Auswirkungen eines EU-Klimaziels von minus 90 Prozent für 2040 auf Deutschland“. Wichtigstes Ergebnis: Das von der EU-Kommission vorgeschlagene Klimaziel für 2040 ist außer Reichweite. Der Brüsseler Vorschlag sieht eine 90-prozentige Verringerung der Netto-Treibhausgasemissionen (THG) im Vergleich zu 1990 vor. Nach derzeitigen Prognosen wird aber bereits das für 2030 anvisierte europäische Ziel einer 55-prozentigen CO₂-Reduktion verfehlt. Aus diesem Grund plädieren DIHK und VKU für mehr Realitätssinn in der Klimapolitik.

Dialog über Wasserstoffimporte und Versorgungssicherheit

Angesichts der prognostizierten Importabhängigkeit Deutschlands bei Wasserstoff – nur etwa ein Drittel des Bedarfs wird voraussichtlich im Inland gedeckt werden können – setzt die DIHK einen strategischen Schwerpunkt auf die Versorgungssicherheit durch Importe. Dazu gehört der Ausbau des Austauschs mit potenziellen Exportländern sowie die Entwicklung einer tragfähigen Importinfrastruktur. Ein Beispiel hierfür war die Konferenz am 16. Oktober im Haus der Deutschen Wirtschaft, die die DIHK in Zusammenarbeit mit Polen, Finnland und den baltischen Staaten organisiert hat. Diese Veranstaltung diente der Diskussion gemeinsamer Herausforderungen und möglicher Kooperationsfelder.



DIHK-Beschleunigungsmonitor beobachtet zögerliche Umsetzung

150 Maßnahmen zur Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung hatten Bund und Länder im November 2023 beschlossen. Mit einem Beschleunigungsmonitor beobachtet die DIHK seither die Umsetzung der dafür notwendigen wichtigsten Gesetzesänderungen. Trotz zahlreicher Beschleunigungsgesetze hat die Bundesregierung nur sehr zögerlich damit begonnen. Von den knapp 50 wichtigsten Gesetzesänderungen wurden 18 teilweise umgesetzt. Viele Verfahrenserleichterungen werden allerdings auf ausgewählte Projektarten wie erneuerbare Energien, Wasserstoffelektrolyse, Wohnungs- oder Breitbandausbau beschränkt. Statt eines großen Wurfs bleibt es also im Wesentlichen beim Klein-Klein.

Gemeinsam Transformation der Industrie ermöglichen

Zur Europawahl hat die DIHK ein Impulspapier für eine wirksame EU-Industriepolitik veröffentlicht, damit die Transformation der Industrie gelingen kann. Benötigt werden eine gute Standortpolitik mit verlässlichen Rahmenbedingungen, mehr unternehmerische Freiräume durch Bürokratieabbau sowie eine technologie- und branchenoffene Förderung von Innovationen. Um den industriellen Mittelstand fit für die Datenökonomie zu machen, beteiligt sich die DIHK an dem BMWK-Projekt „Scale-MX“. Es soll vor allem kleinen und mittleren Unternehmen aus dem produzierenden Gewerbe dabei helfen, Datenökosysteme für ihre Geschäftsmodelle zu nutzen – und damit ihre Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz auszubauen.

Umfrage bestätigt: Viele Unternehmen sehen „Kreislaufwirtschaft“ als Chance

Viele Unternehmen sehen die Transformation der Wirtschaft zur „Kreislaufwirtschaft“ als Chance für das eigene Geschäft – aber nur mit den richtigen Rahmenbedingungen. Das zeigte eine DIHK-Befragung mit Antworten von 2.000 Unternehmen aus allen Branchen und Regi-

onen. Eine erfolgreiche Transformation zu einer Circular Economy ist aus Sicht der Unternehmen keinesfalls selbstverständlich, sondern an entscheidende Bedingungen geknüpft. Erste Bedingung ist ein flächendeckender Ausbau digitaler Netze. Denn nur mit der entsprechenden digitalen Infrastruktur werden Unternehmen in die Lage versetzt, Kapazitäten zur Datenspeicherung und -verarbeitung aufzubauen, die wiederum die Basis darstellen für Ansätze wie den Digitalen Produktpass. Zweite Bedingung ist ein europaweit einheitlicher gesetzlicher Rahmen und drittens muss daran gearbeitet werden, einen funktionierenden Markt für Recyclingprodukte zu etablieren.

Unternehmensnetzwerk Klimaschutz wächst kontinuierlich

Das Unternehmensnetzwerk Klimaschutz unterstützt und vernetzt Unternehmen beim betrieblichen Klimaschutz. Mit mehr als 1.100 Mitgliedern und 4.000 aktiven Nutzerinnen und Nutzern hat sich das Netzwerk 2024 weiter als zentrale Anlaufstelle für klimabewusste Unternehmen etabliert. Ein besonderes Highlight war die Auszeichnung der besten Energie-Scout-Projekte im Juni in Berlin, bei der über 150 Auszubildende aus ganz Deutschland für ihre Praxisprojekte in den Kategorien Energie & Klima, Ressourceneffizienz und Biodiversität geehrt wurden. Damit leisten sie einen Beitrag zur THG-Reduzierung in ihren Unternehmen.

Darüber hinaus fanden Veranstaltungen zur CO₂-Bilanzierung statt. Sowohl Mitgliedsunternehmen als auch Auszubildende erhielten einen umfassenden Einblick in Grundlagen und sektorspezifische Anforderungen der THG-Bilanzierung und arbeiteten sich in praxisorientierte Werkzeuge zur Messung und Reduktion ihrer CO₂-Emissionen ein.

Umweltschutz weltweit mit den deutschen Auslandshandelskammern

Seit Sommer 2024 führt Chambers for GreenTech neue Umweltprojekte mit den AHKs in Tansania, Kasachstan, Ghana, Kenia, Bolivien, Brasilien und den baltischen

Staaten durch. Die im Rahmen der Exportinitiative Umweltschutz vom BMUV geförderten Projekte verbessern die Rahmenbedingungen für den Einsatz deutscher Umwelttechnologien und die Lebensbedingungen vor Ort. Im Sinne des Capacity Buildings und des bilateralen Austauschs organisierte die AHK Zentralasien im November deshalb eine Bildungsreise zum Thema Kreislaufwirtschaft für kasachische Stakeholder nach Deutschland. Die Erfahrungen aus der Reise fließen in eine gemeinsame Arbeitsgruppe ein, welche den Infrastrukturauf- und ausbau in Kasachstan vorantreiben und nächstes Jahr eine Biogasanlage „Made in Germany“ pilotieren möchte.

Marktoffensive Erneuerbare Energien

Die Marktoffensive Erneuerbare Energien hat 2024 ihr Engagement gestärkt und zahlreiche Formate durchgeführt. Die vierte Jahreskonferenz mit 300 Teilnehmern brachte Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Politik zusammen, um konkrete Maßnahmen für den Einsatz erneuerbarer Energien in Unternehmen zu diskutieren. Durch den intensiven Austausch und gezielte Workshops wurden Impulse für den Ausbau von Power Purchase Agreements (PPAs) und weitere nachhaltige Energieoptionen gesetzt. Die DIHK führte in Zusammenarbeit mit mehreren IHKs zudem gezielt Webinare und Fachveranstaltungen durch, um praxisnah über Möglichkeiten und Vorteile der grünen Strombeschaffung zu informieren. Mit neuen Mitgliedern wie RWE und Encavis konnte das Netzwerk weiter ausgebaut werden.

Projekt Young Energy Europe

Der Kompetenzaufbau junger Fachkräfte in den Bereichen Energie- und Ressourceneffizienz steht im Mittelpunkt des Projekts Young Energy Europe der DIHK Service GmbH, gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und der Europäischen Klimaschutzinitiative (EUKI). Fachkräfte aus diversen Unternehmen und Branchen absolvieren dabei eine Qualifikation zum Energy Scout. Im Rahmen dieser praxisnahen Weiterbildung erlernen sie Fähigkeiten, um Effizienzpotenziale im Unternehmen zu



Ohne Biodiversität kein Business – das Projektteam Eva Baumgärtner und Valentin Franklyn bringen kleinen und mittelständischen Unternehmen die Biodiversität näher und unterstützen bei den Berichtspflichten.

identifizieren und ihr neu erworbenes Wissen in maßgeschneiderten Praxisprojekten anzuwenden.

Im März dieses Jahres wurde die zweite Projektlaufzeit erfolgreich abgeschlossen und nahtlos in eine neue dreijährige Laufzeit überführt. Diesmal erfolgt die Zusammenarbeit mit insgesamt zehn mittel- und osteuropäischen Auslandshandelskammern (AHKs). Während die AHKs in Polen, Kroatien, Serbien und der Slowakei das Qualifizierungsangebot Energy Scout bereits erfolgreich in ihren Ländern etabliert haben, hatten Estland, Lettland, Litauen, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Nordmazedonien im Herbst 2024 ihr Debüt. Das Angebot stieß auf großes Interesse bei den Unternehmen: Mit insgesamt 238 Anmeldungen wurde das Ziel von 175 Abschlüssen zum



Begrüßen das 1.000ste Unternehmen im Unternehmensnetzwerk Klimaschutz: Achim Dercks, stellvertretender DIHK-Hauptgeschäftsführer (2.v.l.), Sofie Geisel, Geschäftsführerin der DIHK Service GmbH (3.v.r.), und der Parlamentarische Staatssekretär im BMWK, Michael Kellner (2.v.r.).

Jahresende deutlich übertroffen. Der effiziente Einsatz von Energie und Ressourcen schont nicht nur Klima und Umwelt, sondern rechnet sich auch: Denn Einsparpotenziale fanden Energy Scouts bisher in jedem Unternehmen.



Austausch der Wirtschaftsjuvenen mit dem Vizekanzler und Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck, beim Know-how-Transfer im Juni 2024 im BMWK: Robert Habeck, Constance Kaysser und Simone Rechel (v.l.n.r.).

Wirtschaftsjunioren Deutschland: 70 Jahre junge Wirtschaft

2024 feiern die Wirtschaftsjunioren Deutschland (WJD) ihr 70-jähriges Bestehen: Seit sieben Jahrzehnten vertreten sie die Interessen junger Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Führungskräfte unter 40 Jahren. Die Jubiläumsgala war ein besonderes Highlight der diesjährigen WJD-Bundeskonferenz in Rosenheim. Bundeskanzler Olaf Scholz übermittelte seine Glückwünsche per Videobotschaft und würdigte dabei den Mut und Unternehmergeist der WJD. Vor Ort dankte Bayerns Ministerpräsident Markus Söder für die wertvollen Impulse und das Fachwissen der jungen Wirtschaft. Auch die langjährige und erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen den Industrie- und Handelskammern sowie der WJD stand im Mittelpunkt: DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben hob in seiner Rede die enge Partnerschaft hervor. An der Veranstaltung nahmen rund 400 geladene Gäste aus Verbandswelt, Wirtschaft und Politik teil. Bei der Gala war deutlich zu spüren, dass die Lust, Verantwortung zu übernehmen, unternehmerisch tätig zu sein und voranzugehen, auch 70 Jahre nach der Verbandsgründung ungebrochen ist.

Tag der jungen Wirtschaft

Im Juni trafen sich auf Einladung der Wirtschaftsjunioren Deutschland rund 400 junge Entscheiderinnen und Entscheider aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Berlin zum Tag der jungen Wirtschaft. Unter dem Motto „Richtung Zukunft: Neue Wege gehen“ bot die Veranstaltung jungen Unternehmerinnen, Unternehmern sowie Führungskräften, die bereits jetzt Transformationsprozesse gestalten und Richtung Zukunft gehen, eine große Bühne. Das Hauptprogramm rückte aktuelle Themen wie Energieinnovation, New Work, Unternehmenskultur und mentale Gesundheit in den Mittelpunkt. Flankiert von einem vielfältigen Rahmenprogramm wurden Zukunftsvisionen geteilt und an Beispielen aufgezeigt, wie sie bereits jetzt umgesetzt werden. Eröffnet

wurde die Veranstaltung durch ein Video-Grußwort von Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger.

Bessere (Finanz-)Bildung für unsere Jugend

An der Spitze der Wirtschaftsjunioren Deutschland stand im Jahr 2024 Simone Rechel, die Bildung als den Schwerpunkt ihrer Amtszeit wählte. Damit führte sie eine lange Tradition fort und unterstrich die anhaltende Bedeutung von Bildung als Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Die WJD sind Mitglied des Initiativkreises „Gründung in school“ des Bundeswirtschaftsministeriums und Teil des Netzwerks „Bündnis Ökonomische Bildung“. Zudem treiben sie bundesweit Projekte für junge Menschen voran: Gründungswettbewerbe, Unternehmensplanspiele, Bewerbungstrainings und viele weitere Initiativen der über 200 regionalen Kreisverbände der Wirtschaftsjunioren in ganz Deutschland. Leuchtturmprojekt ist das bundesweite Wirtschaftsquiz „Wirtschaftswissen im Wettbewerb“, mit dem die WJD jedes Jahr über 20.000 Schülerinnen und Schüler der 9. und 10. Jahrgangsstufen erreichen. Im November fand im BMWK zudem die Preisverleihung zum Ausbildungs-Ass 2024 statt. Anlässlich der Wahl der besten Ausbildungsbetriebe des Jahres organisierten die WJD das Panel „Stay Zen – Lebensphasenorientierte Ausbildung als Schlüssel der Zukunft?“.

Zukunftsbarometer der WJD erneut alarmierend

Zum Tag der jungen Wirtschaft wurden auch die Ergebnisse des neuen „Zukunftsbarometers“ der WJD veröffentlicht. Er ist ein Indikator für den Optimismus der jungen Wirtschaftsgeneration. Die Ergebnisse waren das zweite Mal in Folge alarmierend: Demnach blicken fast drei Viertel (73,1 %) der jungen Führungskräfte pessimistisch auf die Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Deutschland innerhalb der kommenden

20 Jahre. Dies stellt noch einmal eine deutliche Verschlechterung gegenüber der Befragung von 2023 dar (65,2 %).

4 x 4 unter 40 – Wirtschaftsjunioren zeichnen unternehmerische Vorbilder aus

Die Ergebnisse des „Zukunftsbarometers“ zeigen, Zuversicht und Zukunftsvisionen werden dringend gebraucht. Die WJD vergeben deshalb seit 2023 in Kooperation mit dem SZ Institut den Preis „4x4 unter 40“ an junge Akteurinnen und Akteure aus der Wirtschaft, die mit innovativen Ansätzen und visionären Ideen vorangehen und zum Mitmachen inspirieren. Die Gewinnerinnen und Gewinner wurden beim Tag der jungen Wirtschaft in den Kategorien Energie & Innovation, Handel der Zukunft, Gleichheit & Inklusion sowie Mentale Gesundheit ausgezeichnet. Zur Jury zählten neben Vertreterinnen von WJD und SZ auch DIHK-Vizepräsidentin Kirsten Schoder-Steinmüller sowie Unternehmerin und Investorin Tijen Onaran.

Know-how-Transfer im Bundestag und Treffen mit der Spitzenpolitik

Den konstruktiven Austausch der WJD mit der Bundespolitik setzte Simone Rechel nahtlos fort. Der von den Wirtschaftsjunioren Deutschland organisierte „Know-how-Transfer“ (KHT) ermöglichte bereits zum 28. Mal 200 jungen Führungskräften aus der Wirtschaft, eine Woche lang 200 Abgeordnete des Bundestages zu begleiten. Mit diesem Format fördern die WJD den Dialog zwischen Politik und der neuen Generation im deutschen Mittelstand. Darüber hinaus gab es Gespräche mit Bundeskanzler Olaf Scholz, Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, Bundesfinanzminister Christian Lindner sowie dem CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz. Traditionell trafen sich die Teilnehmenden zudem mit Vertreterinnen und Vertretern der jungen Gruppen der Fraktionen im Bundestag.

Kampagnen und Aktionen

DIHK-Aktion für Vielfalt und Weltoffenheit

„Mehr als ein Viertel der Erwerbstätigen in Deutschland hat einen Migrationshintergrund. Das sind etwa zwölf Millionen Menschen, die zum Wohlstand des Landes beitragen. Nur mit diesen 27 Prozent kommen wir auf 100 Prozent in Gesellschaft und Wirtschaft. Und das machen wir mit einer demonstrativen Logo-Kürzung um jene 27 Prozent unmissverständlich klar“, erklärte DIHK-Präsident Peter Adrian in einer Pressemitteilung.

Dieser Botschaft hatten sich weit mehr als 1.000 Unternehmen unterschiedlichster Branchen und Größen angeschlossen. Auch über 60 IHKs sowie etliche öffentliche Einrichtungen nahmen an der 27%-Logo-Aktion teil.



DIH 27%
VON
UNS

Nur zusammen kommen wir auf 100%.
#KeineWirtschaftOhneWir

Linke Seite: Zahlreiche Unternehmen haben ihr Logo gemäß der Kampagne um 27% „gekürzt“.

Rechts: Still aus dem DIHK-Jubiläumsfilm, abzurufen über den QR-Code im Bild.

Ein Jubiläum, auf das wir stolz sind

Seit einem Vierteljahrhundert sind drei Spitzenorganisationen der deutschen Wirtschaft im Herzen Berlins vereint. Ende 1999 zogen Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK), Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) von Bonn in die neue Bundeshauptstadt – unter ein gemeinsames Dach.

Das Haus der Deutschen Wirtschaft, Breite Straße 29 in Berlin-Mitte, ist ein Treffpunkt für Menschen, für Unternehmen jeder Größe aus nahezu allen Branchen sowie Regionen und auch für Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Wissenschaft – zusammen setzen wir uns für einen zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort Deutschland ein. Anlässlich des Jubiläums wurde ein kurzer Film über das gemeinsame Haus der Deutschen Wirtschaft gedreht.





Kampagne #GemeinsamBesseresSchaffen – jetzt!

In einem Grundsatzbeschluss mit der Überschrift „#GemeinsamBesseresSchaffen – jetzt!“ hatte die IHK-Organisation bereits Ende 2023 zehn Punkte formuliert, die eine Zeitenwende der Wirtschafts- und Standortpolitik fordern. Aus diesen Forderungen ist eine große Social-Media-Kampagne entstanden. Damit die Kampagne auch Eingang in die analoge Welt findet, wurden einige Motive als Postkarten gedruckt.

„#GemeinsamBesseresSchaffen – jetzt!“ wurde als Mitmach-Kampagne der gesamten IHK-Organisation konzipiert. 65 IHKs haben Beispielfälle eingereicht, aus denen Sharepics und Filme entstanden. Außerdem konnten die IHKs aus Vorlagen wählen, um individuelle und regionale Motive zu produzieren.



Sechs der insgesamt 19 Motive der Kampagne #GemeinsamBesseresSchaffen – jetzt!": Typische Unternehmerprobleme, wurden humorvoll in Szene gesetzt.

LinkedIn

Artikel Personen E-Learning Jobs Spiele Mitglied werden Einloggen

Beitrag von DIHK

DIHK
28.051 Follower:innen
3 Monate

Die DIHK-Konjunkturumfrage Herbst 2024 zeigt, wie schlecht die Stimmung der deutschen Betriebe ist – und 2025 soll es nicht besser werden.
"Im Gegenteil, an manchen Stellen lassen die Rückmeldungen der Unternehmen befürchten, dass es noch schlechter kommen könnte. Für 2024 senken wir unsere Prognose auf allenfalls eine 'rote Null'. Auch für das kommende Jahr rechnen wir lediglich mit Null-Wachstum. Das wäre dann das dritte Jahr in Folge ohne realen Zuwachs beim Bruttoinlandsprodukt!", so DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben im Rahmen der gestrigen Pressekonferenz.

Die Wachstumsinitiative der Bundesregierung bietet zwar gute Ansätze, reiche aber bei Weitem nicht aus. Zusätzliche umfassende Reformpakete seien nötig.

Zur Umfrage ➡ <https://bit.ly/3YHkQsA>

#konjunktur #wirtschaft #dihk #unternehmen #betriebe #internationales

Wir haben es nicht nur mit einer konjunkturellen, sondern einer hartnäckigen strukturellen Krise am Standort Deutschland zu tun."

Martin Wansleben
DIHK-Hauptgeschäftsführer zur DIHK-Konjunkturumfrage Herbst 2024

159

Gefällt mir Kommentieren Teilen

Themen ansehen

- Vertrieb
- Marketing
- IT-Services
- Betriebswirtschaft
- HR-Management
- Ingenieurwesen
- Soft Skills
- Alle anzeigen



LinkedIn

Artikel Personen E-Learning Jobs Spiele Mitglied werden Einloggen

Beitrag von DIHK

DIHK
28.051 Follower:innen
4 Monate

DIHK-Präsident Peter Adrian fordert von der Politik eine "Wirtschaft First"-Reformagenda. "Zwei Jahre in Folge mit sinkendem Bruttoinlandsprodukt hatten wir nur einmal in der Nachkriegsgeschichte – vor mehr als 20 Jahren. Die damalige Bundesregierung hatte deshalb die Agenda 2010 aufgesetzt", sagte Adrian der Rheinischen Post. 🚩

"Mit einem ähnlichen Anspruch muss die Politik jetzt noch mal ran – "Wirtschaft First" muss das Motto lauten." Eine gut laufende Wirtschaft sei zwar nicht alles, aber ohne sie seien die Herausforderungen der Zukunft nicht zu schultern, warnt Adrian: "Wir erleben gerade Verlagerungen ins Ausland, weniger Industrieproduktion im Inland, Geschäftsaufgaben und steigende Insolvenzzahlen. Außerdem ein sinkendes Interesse an der Gründung oder Übernahme von Unternehmen. Lauter können Weckrufe kaum sein."

Welche Maßnahmen konkret als Zeichen gegen die Krise helfen sollen, erfahren Sie auf unserer Webseite unter folgendem Link ➡ <https://bit.ly/3BNoTuf>

Wir brauchen dringend eine "Wirtschaft First"-Reformagenda."

Peter Adrian
DIHK-Präsident fordert Sofortsignale als Ausweg aus der Wirtschaftskrise

274 · 15 Kommentare

Gefällt mir Kommentieren Teilen

Themen ansehen

- Vertrieb
- Marketing
- IT-Services
- Betriebswirtschaft
- HR-Management
- Ingenieurwesen
- Soft Skills
- Alle anzeigen

Auch auf Social Media wirbt die DIHK intensiv für die Anliegen der deutschen Wirtschaft.

DIHK-Finanzen im Jahr 2024

Die DIHK stellt freiwillig einen Jahres- und Konzernabschluss nach dem Handelsgesetzbuch auf. Mitglieder der DIHK sind die 79 Industrie- und Handelskammern (IHK) in Deutschland. Darüber hinaus können Deutsche Auslandshandelskammern die außerordentliche Mitgliedschaft ohne Stimmrecht und Beitragspflicht bei der DIHK beantragen. Alle von der DIHK koordinierten AHKs haben von diesem Recht Gebrauch gemacht.

Zum Einzelabschluss der DIHK gehören die von den IHKs finanzierte Wirtschaftsplan-GuV für das Kerngeschäft in Berlin und Brüssel sowie die Wirtschaftspläne von 21 Auslandsbüros - den Delegationen und Repräsentanzen (Del/Rep) der Deutschen Wirtschaft. Diese Büros sind im Rahmen der Außenwirtschaftsförderung für deutsche Unternehmen hauptsächlich in Asien, im Vorderen Orient, in der Russischen Föderation, in Afrika und in einigen Staaten Mittel- und Osteuropas tätig. Hinzu kommen gemeinsame Projekte der IHK-Organisation. Nicht in der Bilanz erfasst sind hingegen die rechtlich selbständigen Auslandshandelskammern (AHK).

Die DIHK ist Alleingeschafterin der DIHK Service GmbH, Berlin (Gesellschaft zur Durchführung von Dienstleistungen und Projekten), der DIHK DEinternational GmbH, Berlin (Gesellschaft zur Durchführung von Dienstleistungen und Steuerung der inzwischen 16 DEinternational-Vertriebsgesellschaften der Del/Rep) sowie der DIHK-Gesellschaft für berufliche Bildung - Organisation zur Förderung der IHK-Weiterbildung gGmbH, Bonn. Außerdem ist die DIHK an weiteren Gesellschaften als Minderheitsgeschafter beteiligt, so an der IHK Gesellschaft für Informationsverarbeitung mbH, Dortmund, und an der sequa gGmbH, Bonn.

Das Geschäftsjahr 2024 war durch intensive Arbeit zur Vertretung der Interessen der gewerblichen Wirtschaft geprägt.

Im zweiten Rezessionsjahr in Folge mit einer schwierigen Regierungssituation und einem Ende der Koalition hat die DIHK gegenüber Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat die Sorgen der Unternehmen und die Lösungsvorschläge der IHK-Organisation kontinuierlich eingebracht. Darüber hinaus standen organisationspolitisch die Prüfung der Bundeszuwendungen an das AHK-Netz durch den Bundesrechnungshof und das Onboarding von Frau Dr. Melnikov, die zum 1. Januar 2025 die Nachfolge von Herrn Dr. Wansleben als Hauptgeschäftsführerin der DIHK angetreten hat, auf der Agenda. Die angespannte Haushaltslage des Bundes infolge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts und die daraus resultierende Kürzungsnotwendigkeit im Bundeshaushalt wirkte sich auch auf die DIHK aus. Entfallene Projektfördermittel des Bundes mussten durch Eigenmittel der DIHK ersetzt werden.

Zur Bilanz 2024

Anlagevermögen und Umlaufvermögen

Im Saldo sank das Anlagevermögen der DIHK um rd. 10,6 Mio. EUR auf rd. 149,0 Mio. EUR. Davon entfallen rd. 123,2 Mio. EUR auf das Finanzanlagevermögen - im Vergleich zum Vorjahr eine Abnahme um rd. 12,3 Mio. EUR. Die Finanzanlagen verändern sich im Wesentlichen durch den Rückgang der Vorsorgen und damit einhergehend sinkt auch die Unterlegung mit liquiden Mitteln (-10,9 Mio. EUR). Darüber hinaus konnte die Anlage zur Finanzierung der Pensionsverpflichtungen um 1,3 Mio. EUR reduziert werden. Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen haben sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 1,7 Mio. EUR auf 25,8 Mio. EUR erhöht. Investitionen in Höhe von rd. 3,8 Mio. EUR, im Wesentlichen resultierend aus dem Umbau des DIHK-Gebäudes, standen dabei planmäßigen Abschreibungen in Höhe von rd. 1,9 Mio. EUR, insbesondere auf das DIHK-Gebäude (rd. 1,0 Mio. EUR), gegenüber.

Die Guthaben bei Banken enthalten zum 31. Dezember 2024 hauptsächlich kurzfristige Termingelder zur Sicherung der laufenden Liquidität. Von den insgesamt 49,8 Mio. EUR stehen lediglich rd. 34,9 Mio. EUR zur freien Verfügung. Diese freien Mittel dienen der rollierenden Vorfinanzierung der Umlagen und Beiträge sowie zur finanziellen Unterlegung der Rückstellungen und zur Finanzierung noch zu dotierender Vorsorgen. Bei den verbleibenden liquiden Mitteln handelt es sich um Guthaben der Del/Rep (rd. 7,4 Mio. EUR), des Abrechnungskreises Internationale Entsandtkräfte (rd. 3,4 Mio. EUR) sowie um gebundene Projektmittel (rd. 4,1 Mio. EUR), die Verwendungsrestriktionen unterliegen.

Eigenkapital und Rückstellungen

Das bilanzielle Eigenkapital der DIHK sinkt in Höhe des Jahresfehlbetrages 2024 um 9,2 Mio. EUR. Das Eigenkapital dient gemeinsam mit dem Fremdkapital der Finanzierung der vorhandenen Vermögenswerte.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen sinken um rd. 1,3 Mio. EUR auf rd. 101,9 Mio. EUR. Die übrigen Rückstellungen steigen gegenüber dem Vorjahr um rd. 3,8 Mio. EUR auf rd. 27,9 Mio. EUR. Der Anstieg resultiert mit 1,2 Mio. EUR aus Eigenanteilen für Projektverlängerungen und -neustarts, mit 0,8 Mio. EUR aus Personalarückstellungen sowie mit 0,7 Mio. EUR aus Steuerrückstellungen.

Zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die DIHK stellt jeweils für den Finanzbedarf des kommenden Jahres eine Wirtschaftsplan-GuV sowie für die nächsten fünf Geschäftsjahre eine mittelfristige Planung auf.

Die Umsatzerlöse der DIHK setzen sich aus den Grundbeiträgen und Umlagen der IHKs (rd. 51,8 Mio. EUR), aus

Eigeneträgen und Bundeszuwendungen der Del/Rep (rd. 12,7 Mio. EUR) aus Zuwendungen für internationale Entsandtkräfte (rd. 12,7 Mio. EUR), Entgelt für Projekte (rd. 2,1 Mio. EUR) und sonstigen Erlösen (rd. 2,2 Mio. EUR) zusammen. Im DIHK-Konzern kommen von den einbezogenen Tochterunternehmen zusätzlich Umsatzerlöse in Höhe von rd. 52,5 Mio. EUR hinzu.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Insgesamt hat die DIHK mit Stichtag 31. Dezember 2024 unmittelbare arbeitsvertragliche Verpflichtungen für 536 Beschäftigte, einschließlich der Delegationen und Repräsentanzen. Hiervon entfallen auf die DIHK in Berlin und Brüssel 282 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auf die Rechnungsprüfungsstelle in Düsseldorf 35 und auf die Wirtschaftsunioren in Berlin fünf. Weiterhin bestehen Verpflichtungen gegenüber neun Auszubildenden und weiteren acht Beschäftigten im Ausbildungsring sowie vier Beschäftigten in Elternzeit. 193 Beschäftigte der DIHK sind im Bereich der Auslandsbüros (Del/Rep) tätig. Die Tochterunternehmen im Inland und Ausland beschäftigen darüber hinaus 559 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vj.: 578), davon 382 (Vj.: 409) in den vollkonsolidierten Tochtergesellschaften.

Der Personalaufwand der DIHK steigt gegenüber dem Vorjahr um rd. 2,2 Mio. EUR auf rd. 49,5 Mio. EUR. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus einer Zunahme der Aufwendungen für Löhne und Gehälter um 2,6 Mio. EUR. Hier wirken sich der Anstieg der Mitarbeitendenzahl sowie allgemeine Gehaltsanpassungen aus. Gegenläufig sanken die Aufwendungen für soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung gegenüber dem Vorjahr insbesondere aufgrund von biometrischen Effekten.

Gehälter Führungskräfte

Die Gehaltssumme für 41 Führungskräfte (DIHK-Hauptgeschäftsführung, DIHK-Bereichsleiter, Delegierte der deutschen Wirtschaft) beträgt 2024 insgesamt rd. 7,5 Mio. EUR.

Auf den DIHK-Hauptgeschäftsführer, seinen Stellvertreter und drei weitere Mitglieder der Hauptgeschäftsführung entfallen hiervon rd. 1,5 Mio. EUR. Das Gehalt des Hauptgeschäftsführers beträgt im Jahr 2024 rd. 378 TEUR¹.

Aufwendungen und Erträge

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen steigen um rd. 7,5 Mio. EUR auf 39,7 Mio. EUR. Sie betreffen insbesondere Projektaufwendungen (9,7 Mio. EUR), Hausbetriebskosten (9,1 Mio. EUR), Honorare (4,6 Mio. EUR), Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen (6,1 Mio. EUR), Betriebs- und Geschäftsausstattung (4,1 Mio. EUR) sowie Reisekosten (2,0 Mio. EUR).

Die Zunahme der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ergibt sich im Wesentlichen aus einem Anstieg der Aufwendungen für Instandhaltung im Zuge des Umbaus des DIHK-Gebäudes (+3,9 Mio. EUR), aus einer Erhöhung der Projektaufwendungen (+2,7 Mio. EUR) infolge des gestiegenen Mittelbedarfs zur Kompensation der Kürzungen der Bundeszuwendungen, durch Projektverlängerungen und -neustarts sowie durch gestiegene Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit – hier insbesondere die bundesweite Azubi-Kampagne.

Das Finanzergebnis liegt mit 1,7 Mio. EUR über dem Vorjahr (0,1 Mio. EUR). Die Zinserträge resultieren in Höhe von 1,5 Mio. EUR (Vorjahr 0,5 Mio. EUR) aus der Anlage von liquiden Mitteln in Fest- bzw. Termingeldern, u. a. zur Finanzierung der kurz- und mittelfristigen Vorsorgen. Die Zinsaufwendungen liegen mit rd. 2,0 Mio. EUR um rd. 0,1 Mio. EUR über dem Vorjahr. Sie resultieren im Wesentlichen aus Aufzinsungsbeträgen für die Pensions- und Beihilferückstellungen. Die Erträge aus den Gewinnabführungen der Tochtergesellschaften DIHK Service GmbH (0,3 Mio. EUR) und DIHK DEinternational GmbH (1,0 Mio. EUR) liegen mit insgesamt 1,3 Mio. EUR um 0,1 Mio. EUR über dem Vorjahr. Das Ergebnis der DIHK DEinternational GmbH ist wesentlich

¹ Wenn der Jahresabschluss 2024 von der Vollversammlung festgestellt worden ist, erhält Herr Wansleben abschließend eine Leistungsprämie von rund 62 TEUR.

beeinflusst durch eine Gewinnausschüttung (0,8 Mio. EUR) der GIC German Industry and Commerce (Taicang) Co. Ltd., Taicang. Die Gewinnausschüttung wurde zweckbestimmungsgemäß von der DIHK zur Sicherung der Liquidität der Delegation China eingesetzt. Die Ausschüttung aus dem Fonds zur Finanzierung der Pensionsrückstellungen belief sich auf rd. 0,7 Mio. EUR (Vorjahr 0,1 Mio. EUR). Ihr liegt ein Beschluss des Anlageausschusses zugrunde.

Jahresüberschuss und Verwendung

Die Gewinn- und Verlustrechnung der DIHK schließt mit einem Jahresfehlbetrag von -9,2 Mio. EUR (Vj. Jahresfehlbetrag rd. -0,2 Mio. EUR), davon DIHK-Wirtschaftsplan rd. -9,6 Mio. EUR sowie Del/Rep rd. +0,4 Mio. EUR, ab.

Unter Berücksichtigung der bereits im Rahmen der Wirtschaftsplanung beschlossenen Verwendung des Ergebnisses 2023 zum Ausgleich des Wirtschaftsplanes 2025 und der Auskehrung nicht verwendeter Mittel aus dem Gewinnvortrag 2023 verbleibt ein verfügbarer Bilanzgewinn von rd. 5,1 Mio. EUR für den Bereich der Wirtschaftsplan-GuV (Gewinnvortrag aus dem Vorjahr rd. 16,3 Mio. EUR) und für den Bereich Del/Rep ein Bilanzgewinn von rd. 4,3 Mio. EUR (Gewinnvortrag aus dem Vorjahr rd. 2,6 Mio. EUR).

Im DIHK-Konzern ergibt sich ein Fehlbetrag von rd. -7,5 Mio. EUR (Vj.: Überschuss rd. 1,0 Mio. EUR). Hiervon entfallen insgesamt rd. +0,9 Mio. EUR auf die Ergebnisse der Tochtergesellschaften DIHK-Gesellschaft für berufliche Bildung – Organisation zur Förderung der IHK-Weiterbildung gGmbH, Bonn, der GIC German Industry and Commerce (Taicang) Co. Ltd., Shanghai, VR China, sowie der GIC Hongkong. Die Ergebnisse dieser Gesellschaften unterliegen zuwendungs- und steuerrechtlichen Verwendungsrestriktionen. Die Geschäftstätigkeit der 000 Informationszentrum der deutschen Wirtschaft GmbH, Moskau, Russische Föderation, wurde aufgrund der politischen Situation stark reduziert. Aufgrund der damit einhergehenden Unwesentlichkeit für den Konzernabschluss wurde sie zum 1. Januar 2024 entkonsolidiert.

DIHK-Haushaltsausschuss und ehrenamtliche Rechnungsprüfer

Die DIHK nimmt in Berlin und Brüssel sowie mit dem weltweit tätigen AHK/Del/Rep-Netz die Interessen der gewerblichen Wirtschaft auf Basis solider Finanzen wahr. Der DIHK-Haushaltsausschuss achtet darauf, dass die Aufgabenwahrnehmung im Einklang mit den Interessen und den finanziellen Möglichkeiten der Industrie- und Handelskammern - den Mitgliedern der DIHK - geschieht.

Die angemessene Eigenkapitalausstattung, die Bewertung von Risiken und die Entwicklung der Bilanzen werden daher regelmäßig im DIHK-Haushaltsausschuss und im Dialog mit den von der DIHK-Vollversammlung bestellten ehrenamtlichen Rechnungsprüfern beraten. DIHK-Haushaltsausschuss und ehrenamtliche Rechnungsprüfer stützen sich dabei auf die Arbeit der DIHK-Geschäftsführung und der Wirtschaftsprüfer. Gerade mit Blick auf die vielfältigen internationalen Aktivitäten nutzt die DIHK ein detailliertes Risikomanagementsystem, das regelmäßig angepasst wird.

Neben DIHK und DIHK-Konzern spielt auch die Koordination des weltweiten Netzes der deutsch-bilateralen Auslandshandelskammern durch die DIHK in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) eine wichtige Rolle. Insgesamt hat das weltweite AHK/Del/Rep-Netz ein Finanzvolumen von rd. 250 Mio. EUR und rd. 2.000 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (jeweils einschließlich Del/Rep).



Deutsche Industrie- und Handelskammer, Berlin – Bilanz zum 31. Dezember 2024 (DIHK-Wirtschaftsplan, Delegationen/Repräsentanzen, Außerplanprojekte, Registeranwendungen, Internationale Entsandtkräfte)

Aktiva				Passiva		
		31.12.24	31.12.23		31.12.24	31.12.23
	EUR	EUR	EUR		EUR	EUR
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				I. Sonstiges Eigenkapital	42.967.091,69	53.817.565,81
Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte sowie Lizenzen an solchen Rechten		363.597,00	406.339,00	II. Bilanzgewinn	20.526.695,38	18.878.689,28
					63.493.787,07	72.696.255,09
II. Sachanlagen				B. Rückstellungen		
1. Grundstücke und Bauten		21.880.769,00	22.636.273,00	1. Rückstellungen für Pensionen	101.868.876,00	103.147.324,00
2. Technische Anlagen und Maschinen		53.720,00	60.365,00	2. Steuerrückstellungen	2.636.258,00	1.901.258,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		3.276.052,00	978.199,00	3. Sonstige Rückstellungen	25.216.479,21	22.130.014,82
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		269.075,89	73.629,76		129.721.613,21	127.178.596,82
		25.479.616,89	23.748.466,76			
III. Finanzanlagen				C. Verbindlichkeiten		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		3.029.536,03	3.029.536,03	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.274.259,55	1.317.010,39
2. Beteiligungen		519.534,29	518.534,29	(davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 3.274.259,55; Vj. EUR 1.317.010,39)		
3. Wertpapiere und liquide Mittel des Anlagevermögens zur Finanzierung der Pensionsverpflichtungen zur Finanzierung zweckgebundener Vorsorgen	101.868.876,00 17.632.482,11		103.147.324,00 28.482.956,23	2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	3.654.947,86	3.111.678,39
		119.501.358,11	131.630.280,23	(davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 3.654.947,86; Vj. EUR 3.111.678,39)		
4. Sonstige Ausleihungen		113.500,00	287.000,00	3. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.235.121,07	650.338,23
(davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 40.000,00; Vj. EUR 113.500,00)				(davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 1.235.121,07; Vj. EUR 650.338,23)		
		123.163.928,43	135.465.350,55	4. Verbindlichkeiten gegenüber Industrie- und Handelskammern	218.011,00	152.908,00
		149.007.142,32	159.620.156,31	(davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 218.011,00; Vj. EUR 152.908,00)		
B. Umlaufvermögen				5. Verbindlichkeiten gegenüber Auslandshandelskammern	8.034,50	0,00
I. Vorräte				(davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 8.034,50; Vj. EUR 0,00)		
Fertige Erzeugnisse und Waren		16.325,43	0,00	6. Sonstige Verbindlichkeiten	1.541.822,72	3.004.207,21
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				(davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 1.540.546,24; Vj. EUR 2.971.564,28)		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		1.112.666,88	830.946,34	(davon aus Steuern EUR 189.817,45; Vj. EUR 72.766,12)		
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		880.500,08	938.134,40	(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 4.592,82; Vj. EUR 48.679,68)		
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		1.080,52	0,00		9.932.196,70	8.236.142,22
4. Forderungen gegen Industrie- und Handelskammern		1.647.816,03	1.326.858,31			
5. Forderungen gegen Auslandshandelskammern		1.431.452,70	947.610,56	D. Rechnungsabgrenzungsposten	4.052.755,98	4.819.722,86
6. Sonstige Vermögensgegenstände		1.541.683,61	1.185.911,87			
		6.615.199,82	5.229.461,48	E. Passive latente Steuern	278.000,00	288.000,00
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		49.834.537,52	46.771.168,45			
		56.466.062,77	52.000.629,93			
C. Rechnungsabgrenzungsposten		2.005.147,87	1.597.930,75			
		207.478.352,96	213.218.716,99	Sonstige finanzielle Verpflichtungen	7.907.064,38	5.196.705,18

Deutsche Industrie- und Handelskammer, Berlin – Gewinn- und Verlustrechnung für 2024 (DIHK-Wirtschaftsplan, Delegationen/Repräsentanzen, Außerplanprojekte, Registeranwendungen, Internat. Entsandtkräfte)

	2024		2023	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse (davon Grundbeiträge/Umlagen EUR 51.817.400,12; Vj. EUR 51.655.699,96)		81.500.252,79		81.115.229,33
2. Sonstige betriebliche Erträge (davon Erträge aus Währungsumrechnung EUR 110.351,72; Vj. EUR 173.450,23)		1.790.387,34		1.922.249,80
3. Materialaufwand Aufwendungen für bezogene Leistungen		2.174.364,37		2.009.566,03
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	41.075.944,45		38.450.114,41	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung EUR 2.456.530,20; Vj. EUR 3.814.963,80)	8.444.776,38		8.897.789,46	
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		49.520.720,83		47.347.903,87
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen (davon Aufwendungen aus Währungsumrechnung EUR 194.138,67; Vj. EUR 264.264,86)		1.943.740,82		1.630.103,25
7. Erträge aus Beteiligungen	250.330,63	39.704.791,30	225.512,78	32.156.747,33
8. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	1.295.446,58		1.214.636,68	
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	694.106,55		129.471,81	
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.504.460,94		470.290,35	
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen (davon Aufwendungen aus der Aufzinsung EUR 1.970.489,24; Vj. EUR 1.890.225,47)	1.991.965,57		1.902.696,51	
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		1.752.379,13		137.215,11
		199.417,02		73.583,18
13. Ergebnis nach Steuern		-8.500.015,08		-43.209,42
14. Sonstige Steuern		702.452,94		152.408,08
15. Jahresfehlbetrag		-9.202.468,02		-195.617,50
davon DIHK-Wirtschaftsplan		-9.608.886,75		21.472,60
Delegationen/Repräsentanzen		406.418,73		-217.090,10
16. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		18.878.689,28		19.619.393,53
davon DIHK-Wirtschaftsplan		16.265.948,79		16.789.562,94
Delegationen/Repräsentanzen		2.612.740,49		2.829.830,59
17. Entnahmen aus der Vorsorge DIHK		12.512.292,12		4.518.913,25
18. Entnahmen aus der Vorsorge Del/Rep		1.302.182,00		0,00
19. Einstellungen in die Vorsorge		2.964.000,00		5.064.000,00
20. Bilanzgewinn		20.526.695,38		18.878.689,28

Impressum

Ihre Ansprechpartner 2025: <https://www.dihk.de/de/ueber-uns>

Herausgeber © DIHK – Deutsche Industrie- und Handelskammer
Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte
Telefon 030 20308-0 | Telefax 030 20308-1000 | Internet: www.dihk.de



Redaktion Frank Thewes, Urban Compoj, DIHK Berlin

Grafik Design Friedemann Encke, DIHK Berlin

Bildquellen Umschlagseiten:
U1: Andreas Gebert
U2: Helmut Thewalt, Trier; Jens Schicke; Fotografie Link; Werner Schuering; Thomas Seuthe; Thomas Kierok.
U3: ari / Michael Reichel; IHK Köln; Fotostudio Karin; Barbara Frommann; Dennis Williamson; Honkphoto Holger Kiefer; Bildstürmer; Jörg Sarbach; Kristin Langholz / Gründer-Journal / Linsenmomente; IHK Potsdam / Ann-Kathrin Löhnwitz (2); Muck (2); Thomas Gasparini; Oliver Vonberg / Handelskammer Hamburg; IHK zu Coburg.
U4: EMW AG; foto-ziemlich-sulzbach; IHK Trier / Christopher Arnoldi; Angelika Heim; Enno Kapitza; IHK Berlin / Philip Arnoldt; IHK Rhein-Neckar; IHK Dresden; privat; Amin Akhtar / IHK Berlin; Oliver Vonberg; IHK Region Stuttgart / OBwald; IHK Flensburg / Lins.
U5: EMW AG; BMW AG; Peter Herzig; TKM GmbH; Frank Peterschroeder; Melanie Löffler; www.markopriske.de; Kristin Langholz / Gründer-Journal / Linsenmomente; Annette Birkenfeld; David Weyand; Jens Schicke; FOTO Borchard / Angelika Loeffler; IHK Neubrandenburg / Thomas Kunsch; Herbener; Goran Gajanin / Serverin Schweiger / Das Kraftbild; Matthias Wuttig / www.fotofuerdich.de.

Innenteil:
S. 2 Friedemann Encke / Getty Images; S. 4 Thilo Schoch; S. 6, 7, Werner Schuering; S. 8 Andreas Gebert; S. 10 Thomas Rafalzyk; S. 11 Werner Schuering;
S. 12 Friedemann Encke / DIHK, Getty Images; S. 13 Schicke / Plambeck; S. 14 Jonas Schmittel / DIHK; S. 16, 17 Nils Hasenau; S. 18 Victor Strasse;
S. 19 Friedemann Encke / ProRecognition; S. 20 Thomas Rafalzyk, Andreas Gebert; S. 21 BBP Mexiko; S. 22 Jens Schicke; S. 23 Martin Plum; S. 25 ari (Michael Reichel);
S. 26, 27 Nils Hasenau; S. 28, 29 Werner Schuering; S. 30 DIHK; S. 32 Jens Schicke; S. 33 Marko Priske; S. 34 Christian Thiel; S. 35 Trang Vu; S. 36 Nils Hasenau, Gerhard Müller;
S. 37, 38 Nils Hasenau; Werner Schuering; S. 39 Nils Hasenau; S. 40 Philippe Veldeman Photographer; S. 41 Jens Schicke; S. 42 AHK Indien; S. 43 Christian Kruppa / BDA;
S. 44 Romalisovskiy / AHK Ukraine; S. 45 Jens Schicke; S. 46 Handelskammer Gaziantep; S. 47 Jens Schicke; S. 48 Dirk Lässig; S. 49 Sven Moschitz;
S. 51 Stephanie Marcucci Viehmann; S. 52 Friedemann Encke / DIHK; S. 53 AHK Singapur; AHK debelux; S. 54 AHK Türkei; S. 55 Alice Rollet, AHK Tunesien; S. 56, 58 Jens Schicke;
S. 59 Jonas Schmittel / DIHK; S. 60 Katja Zimmermann, S. 61 Ulrike Beland / DIHK; S. 63 Sebastian Höhn, Thomas Rafalzyk; S. 64 Jana Legler / WJD; S. 67 YouTube; S. 68 DIHK;
S. 69 LinkedIn; S. 72 Jirapong Manustrong / Getty Images

Stand März 2025

Druck DCM Druck Center Meckenheim GmbH | Werner-von-Siemens-Straße 13 | 53340 Meckenheim

Gemeinsam WirtschaftStärken

